

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1909

114 (18.5.1909)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

<p>Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 Mk. durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 Mk. vierteljährlich.</p>	<p>Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144. Sprechstunde d. Redaktion: 12—1/2 Uhr. Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.</p>	<p>Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.</p>
<p>Druck und Verlag Buchdruckerei Gsch u. Co., Karlsruhe.</p>	<p>Verantwortlich für den politischen Teil, Aus der Partei, Gewerkschaftliches, Lokale Nachrichten und Telegramme: W. Kolb; für den übrigen Teil: A. Weismann.</p>	<p>Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Ziegler in Karlsruhe.</p>

Die Krise der Finanzreform.

Entscheidung im Hochsommer.

Der Reichskanzler hat, wie die „Nordd. Allgem. Ztg.“ mitteilt, dem Präsidenten des Reichstages, dem Grafen Stolberg den Wunsch ausgesprochen, daß der Reichstag in den ersten Tagen der beginnenden Woche die Verhandlungen im Plenum für einige Zeit abbrechen möge, um der Finanzkommission freien Raum zur schleunigen und energischen Weiterführung und Erledigung ihrer Arbeiten zu geben. Der Reichstag solle sich dann etwa vier Wochen nach dem Pfingstfest wieder versammeln, um die entscheidenden Verhandlungen im Plenum vorzunehmen.

Gelangt dieser Vorschlag des Reichskanzlers zur Ausführung, so ergibt sich folgende Situation: Wenn der Reichstag vier Wochen nach Pfingsten, also ungefähr am 1. Juli wieder zusammentritt, wird er den Bericht der Finanzkommission vorfinden und die von ihr erledigten Vorlagen in die zweite Lesung nehmen können. Außerdem sollen ihm aber die Ersatzsteuervorlagen der Regierung unterbreitet werden, die ja bis dahin am Ende vielleicht doch fertig sein könnten, diese Vorlagen werden im Plenum der ersten Lesung unterzogen und dann der Kommission überwiesen. Erst wenn die Kommission auch mit diesen Ersatzsteuervorlagen fertig ist, können dann auch diese in die zweite Lesung kommen. Schließlich kann dann die dritte Lesung sämtlicher Steuervorlagen vorgenommen und damit die ganze Finanzreform erledigt werden.

Herr Bilow will die Reichstagsabgeordneten einer Schwitz- und Hungerkur unterziehen, um die Finanzreform noch im Hochsommer durchzuführen. Je mehr sich der Sommer dem Herbst zuneigt und allen Reichstagen Vernichtung droht, desto verständlicher ist die Reue der Abgeordneten, desto größere Reue zum raschen Handeln hofft er bei den Volksvertretern zu finden. Dazu kommt, daß mit der Verlängerung der Tagung die Diätenbede nicht länger, sondern kürzer wird, da die Auszahlung des Diätenrestes erst nach Schluß der Tagung erfolgt und für jeden verbleibenden Tag 20 Mk. abgehen. Also Beschleunigung der Finanzreform durch Druck auf die Finanzen der Abgeordneten!

Gegen einen solchen Plan kann nicht scharf genug protestiert werden. Es entspricht nicht der Würde des Reichstages, eine gesetzgeberische Arbeit von der Bedeutung der Finanzreform in einer schwülen Hochsommerkammer unter solchen Umständen im Automobiltempo zu erledigen. Es geht nicht an, daß die sogenannten Ersatzsteuern mit Hofus pokus eins zwei drei, vorgelegt, im Plenum, Kommission und wieder Plenum flüchtig beraten und angenommen werden, ohne daß die Bevölkerung Gelegenheit hat, zu ihnen Stellung zu nehmen. Hoffentlich wehrt sich der Reichstag, dessen Seniorenkonvent am Dienstag zu neuer Beratung zusammentritt, ganz entschieden gegen solche Regierungspläne. Entweder kurz nach den Pfingstferien oder Vertagung bis zum Herbst!

Wo bleiben die Ersatzsteuern?

Der Seniorenkonvent des Reichstages hat in seiner letzten Sitzung einstimmig den Wunsch ausgesprochen, die verbündeten Regierungen möchten die Ersatzsteuern sobald als möglich einbringen. Wenn dies vor Pfingsten nicht geschehen könne, so solle dem Reichstag wenigstens gleich nach Pfingsten Gelegenheit gegeben werden, die erste Lesung der Ersatzsteuern vorzunehmen. Herr Bilow meint es, wie wir bereits gesehen haben, ganz anders, er will einstweilen mit den Ersatzsteuern nicht herauskommen, weil er die Erbschaftsteuer weder einbringen will noch jetzt schon offen fallen lassen kann. Es wird behauptet, und es hat viel Wahrscheinlichkeit für sich, daß im Schoße des Bundesrats über die Ersatzsteuern, besonders über die Erbschaftsteuer schwere Meinungsverschiedenheiten herrschen. Die süddeutschen Regierungen, die dem unmittelbaren Einfluß der Junker entzogen sind, die bayerische, württembergische, badische wollen die Erbschaftsteuer behalten, während die preussische sie fallen lassen will. Der egoistische Partikularismus Ostelbiens erweist sich wieder einmal als Sprengpulver für die Reichseinheit, und wenn

die süddeutschen Regierungen sich schließlich doch mit dem Sprichwort trösten wollten, daß es der Klügere ist, der nachgibt, so würden sie damit dem Reiche den schlechtesten Dienst erweisen.

Nicht gegen die Liberalen

will der Reichskanzler die Reichsfinanzreform machen, so erfährt die „Köln. Zeitung“. Das ist unzweifelhaft richtig. Der Reichskanzler will die Reichsfinanzreform überhaupt gegen keine Partei machen, und selbst die Sozialdemokratie hat die Erlaubnis, für die Reform zu stimmen, wenn sie will. Weiter aber scheinen die Befugnisse der Liberalen auch nicht zu reichen, sie dürfen ja sagen, dann werden sie mitgenommen, und wenn sie Nein sagen, können sie draußen bleiben. Ferner wird versichert, der Reichskanzler habe nicht mit dem Zentrum über die Bildung einer neuen Mehrheit verhandelt. Wieder ganz richtig. Der Reichskanzler hat mit den Konservativen (den Herren Freiherrn v. Manteuffel, v. Normann und v. Seydebrand) verhandelt, und diese verhandelten wieder wegen Bildung einer neuen Mehrheit mit dem Zentrum. Daß Bilow „in den allernächsten Tagen“ eine Erbschaftsteuer im Reichstag einbringen wird, kann die Kölnerin nicht melden, sie hat davon kein Sterbenswortlein erfahren, obwohl ihr Artikel von einer Seite stammt, „die in der Lage ist, die Ansichten des Reichskanzlers zu kennen.“ Nur von einer „Vesteuerung des Besitzes“ wird noch gesprochen und von dieser wird gesagt, daß sie nicht etwa erst der Herbstsession vorbehalten bleiben solle, vielmehr werde die ganze Reform als ein einheitliches Ganzes betrachtet. Es müsse zunächst festgestellt werden, welche indirekten Steuern vom Reichstage zu erhalten seien und in welcher Höhe sie bewilligt werden. Sei hierüber Klarheit geschaffen, werde man dann an die zweite Frage, die Heranziehung des Besitzes herantreten können. Das ist eine glatte Desabourierung des Reichskanzlers, der am 8. Mai in der Finanzkommission namens der verbündeten Regierungen erklärte, daß die Reform ohne die Erbschaftsteuer nicht gemacht werden kann und nicht gemacht werden wird. Freijünger und Nationalliberale haben sich gegenständig Treue geschworen und einander zur Festigkeit ermuntert. Sie suchen dabei noch immer die Illusion zu nähren, daß die hohe Obrigkeit heimlich, ganz heimlich auf ihrer Seite stünde. Erst wenn diese Täuschung zerstört sein wird, wird für die liberalen Herren die Zeit der ersten Prüfung beginnen und damit wird die Geschichte erst recht ängstlich werden. Freilich, wären sie Junker, dann ständen sie fest!

Neueste Nachrichten.

Der Geschäftsplan des Reichstags.

Berlin, 17. Mai. Der Seniorenkonvent des Reichstags hat beschlossen, sich morgen bis zum 15. Juni zu vertagen. Der Finanzkommission bleibt es überlassen, weiter zu tagen, doch wird sie sich wahrscheinlich in allernächster Zeit ebenfalls vertagen. Wie außerdem das Volkswirtschaftliche Bureau meldet, sollen die Ersatzsteuervorlagen einige Tage vor dem 15. Juni dem Reichstage zugehen, und zwar zunächst eine Vorlage betreffend den Kaffeegoll und betreffend die Besteuerung der Zündhölzer. Einige Tage später würden dann Ersatzsteuervorlagen folgen, die den Besitz treffen.

Eine Nachwahl für die Deputiertenkammer.

Paris, 17. Mai. Bei der gestrigen Ersatzwahl in Montpellier wurde der Radikale Alier gewählt. Den Sitz hatte im Vorjahre ein Sozialist inne.

Royalistische Kundgebungen.

Paris, 17. Mai. Gestern veranstalteten die Royalisten in verschiedenen Stadtteilen Kundgebungen. Eine Anzahl Kränze wurden am Denkmal der Jeanne d'Arc niedergelegt. Nach einem royalistischen Bankett kam es zu Straßenkundgebungen. Die Polizei versuchte, die royalistische Fahne zu beschlagnahmen. Es kam hierbei zu einem Kravall, in dessen Verlauf mehrere Polizisten ver-

letzt wurden, darunter einer schwer. 15 Verhaftungen wurden vorgenommen. In Orleans hielten die Royalisten ebenfalls eine Versammlung ab, der etwa 600 Personen beiwohnten. Auch hier wurden heftige Reden gegen die Republik gehalten.

Der Ausstand der franz. Postbeamten.

Paris, 17. Mai. In dem heute abgehaltenen Ministerrat wurde die Absetzung von noch zwanzig Postbeamten beschlossen und der endgiltige Text der Bestimmungen betreffend das Vereinsrecht der Beamten genehmigt. In Paris beträgt die Zahl der ausständigen Postbeamten nur noch 1023 anstelle von 1593 gestern Abend. In der ganzen Provinz ist die Lage normal mit Ausnahme von St. Quentin, Nancy, Amiens, wo noch einige Ausständige, und zwar meist Arbeiter, vorhanden sind.

Paris, 17. Mai. Aus verschiedenen Ortschaften laufen Meldungen ein über weitere Beschädigungen von Telegraphen- und Telefonleitungen durch Ausständige. Bisher wurden 14 Verhaftungen wegen solcher Beschädigungen vorgenommen. Die Zahl der ausständigen Postbeamten hat um 240 abgenommen.

Paris, 17. Mai. In einer gestern Abend abgehaltenen Versammlung der ausständigen Postbeamten wurden Ansprachen gehalten, in denen betont wurde, daß die Arbeiterverbände den Streikenden Unterstützung gewähren werden. Zum Schluß wurde eine Erklärung angenommen, die dem unerschütterlichen Vertrauen der Ausständigen auf den Sieg und dem Wunsch Ausdruck gibt, den Ausstand bis zum äußersten fortzusetzen.

Auch eine Reform.

Rom, 17. Mai. Der Armee-Ausschuß hat beschlossen, bei der Kammer den Antrag einzubringen, den Offizieren zu gestatten, unbemittelte Damen zu heiraten.

Revolution der Aittürken?

Saloniki, 17. Mai. Das jungtürkische Komitee von Damaskus fordert, um eine Katastrophe zu verhindern, die sofortige Entsendung von wenigstens zehn mazedonischen Bataillonen. Es sei einem durch Iszed Pascha, dem geflüchteten Günstling Abdül Hamids, in London gebildeten arabischen Komitee gelungen, auch die Bevölkerung zu gewinnen. Sie trete gewalttätig gegen die Jungtürken auf und bedrohe auch die arabischen Kräfte. Der Kommandant von Trapezunt fordert den Kommandeur des dritten Korps auf, sofort alle Redieffklassen in Rumelien mobil zu machen und auf Erzerum zu marschieren, um die Meuterer zu beseitigen. Die jungtürkischen Offiziere seien nach Weibur geflüchtet und es stände ein Gemetzel bevor. Dschawid Pascha erklärte dem Generalinspekteur, er werde keine weiteren Schritte zur Verfolgung der Reaktionen in Albanien tun, falls er nicht bevollmächtigt werde, jetzt jeden Widerstand kräftig zu brechen und die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen. Die Regierung zögert, ihn dazu zu bevollmächtigen, weil sie fürchtet, damit ein größeres Uebel anzurichten.

Privat-Telegramme.

Verzweifelte Situation wegen der Reichsfinanzreform.

Berlin, 18. März. Die hochoffizielle „Köln. Ztg.“ läßt sich in einem Telegramm von hier melden, daß man in der Sache der Finanzreform folgenden Ausweg finden will: Zunächst werden an indirekten Steuern 400 Millionen Mark bewilligt. Dabei wird in dieses Gesetz die Bestimmung hineingebracht, daß der Besitz unbedingt besteuert werden muß. Unter solchen Umständen dürfte es den Liberalen möglich sein, für die indirekten Steuern zu stimmen. Auf der andern Seite könnten dann die Konservativen es nicht wagen, die Finanzreform wegen der Besteuerung des Besitzes scheitern zu lassen. Auf diese Weise glaubt die Regierung, aus dieser schwierigen Situation herauszukommen.

Die Erbschaftsteuer.

Berlin, 18. Mai. Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ hat die freijünger Fraktionsgemeinschaft mit den Nationalliberalen und der Reichspartei noch einmal erwogen, wie man gemeinsam in der Erbschaftsteuerfrage vorgehen und bementprechende Anträge in der Finanzkommission stellen könne. Der Reichskanzler hat versichert, daß er und die verbündeten Regierungen an dem bisherigen Programm, also daran festhalten, daß 100 Millionen durch direkte Steuern aufgebracht werden sollen. Dieses Programm ist ohne die Linke nicht durchführbar.

Als Ersatzsteuer für den Fehlbetrag auf dem Gebiet der indirekten Steuern kommt nach wie vor in erster Linie eine Erhöhung des Kaffeegolles und neuerdings eine Zündhölzsteuer in Betracht.

Politische Uebersicht.

Die „reformierte“ Fahrkartensteuer.

Wie die künftige Fahrkartensteuer mit ihrem allgemeinen 3/2prozentigen Zuschlag wirkt, dafür ein Beispiel. Für eine Fahrkarte von Berlin nach Frankfurt am Main ist jetzt zu zahlen an Fahrkartensteuer in 1. Klasse 5,40 Mk., künftig 1,45 Mk., in 2. Klasse 1,20 Mk., künftig 89 Pf., in 3. Klasse 40 Pf., künftig 49 Pf., in 4. Klasse nichts, künftig 30 Pf. Die Reform besteht also darin, daß die Passagiere erster und zweiter Klasse entlastet und dafür die Passagiere dritter und vierter Klasse belastet werden.

Diese „Reform“ paßt zu den andern vorgeschlagenen Steuern, bei welchen der Besitz 100, die Nichtbesitzenden aber 400 Millionen mehr bezahlen sollen. Und unser deutsches Volk rührt sich noch immer nicht.

Reform des preußischen Herrenhauses.

Der konservative Professor Dr. Konrad Bornhof verlangt in einem Artikel der „Boschischen Zeitung“ vom 16. Mai eine Reform des preußischen Herrenhauses. Diese soll darin bestehen, daß zu den Gruppen der Bürgermeister und Professoren, die bisher überhaupt unsere Mittelklassen vertraten, neue Elemente hinzukommen. Dann erst kann das Herrenhaus ein Abbild des wirklichen Volkslebens geben, wie es doch zum Wesen der Volksvertretung gehört. Er weist darauf hin, daß „sich von unten herauf, von den Arbeitern ausgehend, eine immer reichere berufständische Gliederung vollzogen hat. Anfangs rein tatsächliche Erscheinungen des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens haben diese Organisationen schon mannigfach in die Rechtsordnung Eingang gefunden als Handels-, Handwerker-, Ärzte- und Apothekerkammern, ihnen werden die Arbeitskammern folgen. Wenn unser sozialer Organismus heute unendlich viel reicher ist, als vor einem halben Jahrhundert, so sollte sich das auch der Staat bei Gestaltung seiner Volksvertretung zunutze machen. In Baden hat man 1904, in Württemberg 1906, bereits Vertreter der neuen berufsgenossenschaftlichen Organisationen aufgenommen in die erste Kammer gewährt.“

Den Arbeitern kann natürlich mit einer „Reform“ des Hauses für die geborenen Besessenen nicht gedient sein. Für sie gilt es, die vollständige Beseitigung des Zweikammersystems zu verlangen und anstelle des Privilegien-Parlamentes, Einführung einer wirklichen Volksvertretung, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts.

Ein Steuervorschlag der „Post“. Um die Taschen der Reichen möglichst zu schonen, empfiehlt die „Post“ neben dem Branntwein-Monopol ein Petroleum-Monopol. Sie ist der Ansicht, daß Staatsmonopole auf Verbrauchsgegenstände die sichersten indirekten Steuern sind, die ganz ansehnliche Beträge dem Reiche einbringen und von „dem Arbeiter, dem kleinen Gewerbetreibenden, dem Privatangehörigen, kurz dem Arbeiter- und Mittelstande“ leichter gezahlt werden können. Sie schreibt dann:

„Will man aber das Petroleum-Monopol nicht einführen, so sollte wenigstens der Petroleum-Zoll erhöht werden, und zwar um so viel, daß er einen Mehrertrag von etwa 80 Millionen Mark einbringt. Um so viel läßt sich der Petroleumzoll nach der übereinstimmenden Ansicht der Sachverständigen, insbesondere einiger Großhändler, un schwer erhöhen. Hebrighen wäre bei Erhöhung des Petroleumzolls sicher auch die Einführung eines Doppeltarifs zu erwägen. Um Ausfuhrstaaten zum Abschluß günstigerer Handelsverträge zu bewegen, sollten überhaupt alle diejenigen Handelsartikel, welche wir in großen Mengen vom Auslande beziehen bzw. beziehen müssen, einem Doppeltarif unterworfen werden müssen.“

Eine Aenderung des Militärstrafrechts plant die deutsche Heeresverwaltung. Bis jetzt sind aber die Vorberichtigungen noch nicht im Gange, da erst die Reform des Zivilstrafrechts abgewartet werden soll. Es dürfte also, da an der Reform des allgemeinen Strafrechts noch ge-

arbeitet wird, ehe sie völlig fertiggestellt ist, vorläufig eine Abänderung des Militärstrafrechts nicht in Frage kommen. Was das Besondere der Sache anbelangt, so ist eine Aenderung nicht in Aussicht genommen, da man der Ansicht ist, die vorhandenen Bestimmungen hätten sich voll auf bewährt.

Ausland.

Die Landtagswahlen in Finnland. Die russische Regierung hat wiederholt den finnischen Landtag aufgelöst, weil er in seiner demokratischen Zusammensetzung den reaktionären Gelüsten der zarischen Gewaltherrschaft nicht gefällig war. Dieser Tage hat nun wieder die Wahl stattgefunden, die bekanntlich auf Grund des Proportionalwahlverfahrens vor sich geht und auch das Frauenwahlrecht einschließt.

Die Wahl hat unter außerordentlich starker Beteiligung einen glänzenden Wahlsieg der Sozialdemokratie gebracht. Etwa 750 000 Stimmen wurden im ganzen Lande gezählt, darunter nicht weniger als 337 000 sozialdemokratische gegen 310 000 im Vorjahr. Die Sozialdemokratie erhielt nach dem Proporz 84 Mandate, noch eins mehr als im Vorjahr. Die schwankenden Altfinnen verloren sechs Sitze.

Die Beteiligung der Bevölkerung an den Wahlen war sehr stark. Manche Gemeinden der Schärenfischer kamen trotz des durch die Eisverhältnisse außerordentlich erschweren Verkehrs oft vollzählig, sowohl Männer als Frauen, um von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Es muß mit Freuden konstatiert werden, daß die Teilnahme an den Wahlen trotz des ungünstigen Moments im ganzen Land eine sehr rege gewesen ist. Wenn Stölpin auf die Abspannung und Entmutigung der finnischen Bevölkerung spekuliert hat, so hat er sich gründlich verrechnet. Die Wahlen zum dritten Landtag zeigen, daß das finnische Volk in geschlossenen Massen hinter seiner gewählten Volksvertretung steht. Und vor allem gibt der Sieg der Sozialdemokratie uns einen Beweis, daß der Sozialismus in Finnland eine starke, unerschütterliche Macht bildet, und daß das finnische Proletariat entschlossen ist, die errungene demokratische Verfassung Finnlands im Kampfe zu verteidigen.

Das Schicksal des Generals Stössel. Wie die „Wirkowja Wedomosti“ melden, ist General Stössel, der einjährige Verteidiger von Port Arthur, der seit bald zwei Jahren in Petersburg in der Peter-Paul-Festung das Urteil des Kriegsgerichts abhielt, schwer erkrankt. Er soll binnen kurzer Zeit zwei leichte Schlaganfälle gehabt haben. Seine einzige Zerstreuung bildet ein Kater, der ihm in die Festungszelle gefolgt ist. Das Gnadengesuch, das er vor einiger Zeit an den Kaiser gerichtet hat, ist abschlägig beschieden worden, jedoch dem General fast die letzte Hoffnung genommen ist, jemals wieder die Freiheit zu erhalten. Denn es ist kaum anzunehmen, daß er die zehnjährige Festungsstrafe überleben wird.

Badische Politik.

Zu Karlsruhe-West.

haben die Freistimmigen ihre Kandidatur noch nicht nominiert. Das Mandat ist Herrn Frickauf wieder angetragen. Die Entscheidung wird nach Pfingsten getroffen.

Die Demokraten

hielten am Samstag und Sonntag in Rastatt ihren diesjährigen Parteitag ab. Ueber die politische Lage referierte Direktor Dr. Heimbürger. Er konstatierte, daß die demokratische Partei im letzten Jahre Fortschritte gemacht habe und kam dann auf die Blockverhandlungen zu sprechen. Die Verhandlungen bezüglich Osnabrück und Konstantz seien noch nicht abgeschlossen. Man hoffe, die demokratischen Kandidaten in den Bezirken Schopfheim, Triberg und Rastatt durchzuführen. Das Zentrum luche den Einfluß zu gewinnen, den es braucht, damit es bestimmen kann, wie die Bügel geführt werden sollen. Die politische Lage sei kritisch. Seitens der De-

mokraten werde alles geschehen, um eine liberale Mehrheit zu verhindern.

In die Rede, die mit großem Beifall aufgenommen wurde, schloß sich eine längere Diskussion. In derselben wurde die Forderung aufgestellt, in den Kreisen, in welchen bei Aufstellung einer Zahlkandidatur eine Stimmenzahl erreicht wird, durch die es möglich ist, bei den Stichwahlen den Ausschlag zu geben, mit solchen Kandidaturen vorzugehen. Weiter wurde gefordert, daß, wenn die Nationalliberalen in Osnabrück und Konstantz eigene Kandidaturen aufstellen, die demokratische Partei-Kandidaturen in den Wahlbezirken Donaueschingen und M e h r i c h nominiert, weil sie dann dort es in der Hand hat, bei den Stichwahlen die Entscheidung herbeizuführen.

Nach Erstattung des Rechnungsbereichs gelangte der vorgelegte Entwurf eines Statuts der Landespartei mit einigen Änderungen zur Annahme. Hierauf erfolgte die Wahl des Parteivorstandes und des Engeren Ausschusses. Der Parteivorstand setzt sich zusammen: Dr. Heimbürger, Karlsruhe, 1. Vorsitzender; Rechtsanwalt Dr. L. G o s t - Karlsruhe, 2. Vorsitzender; Kaufmann Berthelmer-Karlsruhe, Rastatt, und Professor Helbing-Karlsruhe, Schriftführer. Bei Erledigung von Anträgen und Wünschen wurde Stellung gegen die Schiffsabgaben auf Antrag von Dr. F e s s e l s o h n - Mannheim genommen. Es wurde folgende Resolution

„Die Landesversammlung der Deutschen Volkspartei erwartet, daß die badische Regierung im Kampfe gegen die Schiffsabgaben fest bleibt und energisch front macht gegen die beschwerdliche verkehrserschwerende Belastung, welche Badens Handel und Industrie aufs empfindlichste bedroht.“ einstimmig angenommen.

Die Nationalliberalen in der Memme.

Zur Ablehnung der Kandidatur seitens des Oberbürgermeisters a. D. G ö n n e r in Baden-Baden schreibt man uns von dort: Was nun? Wer von den Baden-Badener Nationalliberalen wird nun den Ruf haben, den Sprung ins Dunkle zu wagen? Ein Königreich für einen liberalen Kandidaten! Aber nur für einen solchen, der „sieht“! Will Herr Stadtrat R a u s c h sich nicht doch noch entschließen, da er nicht für die „Schwarzen“ kandidiert, dem bismarckigen, d. h. dem liberalen Block aus der Kandidatenliste zu helfen?

Ja, wenn die Jahre mit ihrer Entwicklung sich zurück-schrauben ließen, dann hätte Baden-Baden einen Kandidaten, der mit Wägen und Trompeten gewöhnt würde. Aber Herr Otto Dieterle, dem gegenwärtigen noch funktionierenden Bürgerausschuhobmann und resignierten Vorstand und Mitglied der Bürgervereinigung, hat der Zahl der Zeit seine große Popularität von ehemals bis jernagt und so können wohl auch seine besten Freunde ihm nicht zumuten, den Sprung à la Curtius in die Tiefe des Kandidatenpalses zu machen. Wer also wird das sein? Nun, qui vivra, verra.

Der Jahresbericht der Fabrikinspektion für 1908 ist soeben erschienen. Er ist wie im vorigen Jahre in der Hofdruckerei G u t s c h - Karlsruhe hergestellt. Wir werden demnächst eine Besprechung des Berichts folgen lassen.

Eisenbahnstrafen.

Im Einverständnis mit dem Justizministerium erläßt das Ministerium des Groß. Hauses und der Auswärtigen Angelegenheiten eine Verordnung betr. des Polizeistrafenverfahrens bei Uebertretungen in Bezug auf die Eisenbahnen. Danach sind die Betriebsinspektionen in Zukunft befugt, bei den innerhalb ihres Bezirkes verübten Uebertretungen Geldstrafen durch Strafverfügung festzusetzen. Bis zur Strafhöhe von 30 Mk. steht die gleiche Befugnis den Stations-ämtern 1. und 2. Klasse und den Güterverwaltungen bei den Uebertretungen zu, welche in dem ihrer Aufsicht unterstellten Gebiet begangen sind. Der Betroffene kann Beschwerde bei der Generaldirektion erheben, auch steht ihm das Recht der gerichtlichen Entscheidung zu. Kann die Geldstrafe nicht beigetrieben werden, so werden die Akten der Staatsanwaltschaft überhand, damit die Umwandlung der Geldstrafe in Haftstrafe und deren Vollzug herbeigeführt wird.

Problematische Naturen.

Roman von Fr. Spielhagen.

114

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Was kann der arme Baron Oldenburg dafür, sagte Oswald, daß ihm das Brot des Alltagslebens nicht schmeckt?

Glauben Sie denn, daß es mir schmeckt? sagte Doktor Braun, und seine Wangen röteten sich und seine Augen leuchteten! glauben Sie, daß der herrliche Gott Apollo, als er die Kinder des Admet weidete und im Schatten der Eiche das schändliche Sklavenmahl verzehrte, sich nicht zurückschonte nach der Ambrosia und dem Nektar auf den goldenen Tischen im Hause des Vaters? Dennoch trug er sein Los und duldete das Verhängnis, wie der noch viel herrlichere Jesus von Nazareth das seinige. Und ich muß gestehen, mir erschien es immer als eine grobe Inkonsequenz, daß des Menschen Sohn von allen, zum wenigsten von den stärksten menschlichen Banden los und ledig dargestellt wird. Sollte er den Leidenskelch wirklich bis auf den letzten bittersten Tropfen leeren, so mußte er durch die stille Nacht auf dem Delberge die Stimmen eines angebeteten Weibes, geliebter Kinder zu hören glauben, die ängstlich nach dem Gatten, dem Vater riefen. Denn menschlich allem Menschlichen ergeben sein, und dennoch die himmlische Abkunft nicht vergessen und dennoch bis an den Tod mit den reißenden Wölfen der Tyrannei und Lüge kämpfen und das schwere Kreuz des ganz Gemeinen und ewig Geftrigen, das auf uns lastet, bis nach Golgatha tragen — das erscheint mir als das eigentliche Los des Menschenjohnes!

Der Doktor ging ein paar Mal mit raschen Schritten in dem Gemache auf und ab, dann blieb er vor Oswald stehen, streckte ihm mit herzogwinnder Freundlichkeit die Hand entgegen und sagte: Verzeihen Sie mir, wenn ich Sie durch dies oder jenes Wort, das vielleicht weniger überlegt war, gekränkt haben sollte. Aber ich gerate jedesmal in Aufregung, wenn ich eine hohe Intelligenz feiern,

oder in einer falschen Richtung tätig sehe. Das erste ist die Sünde gegen den heiligen Geist, die unserer Sünden größte ist, die zweite ist nicht ganz so groß, aber kommt jener fast gleich. Von jener spreche ich Sie los, dieser erkläre ich Sie für schuldig. Sie wissen, wie ich über Ihre Stellung hier schon neulich dachte; jetzt, nachdem ich Sie zum erstenmale in dem Kreise selbst gesehen habe, finde ich das Verhältnis noch viel bedenklicher. Geben Sie es auf, ehe es zu spät ist! Es mag eine entsetzliche Indiskretion sein, daß ich mir erlaube, so zu Ihnen zu sprechen; aber Sie wissen, wir Ärzte haben einmal das Recht, indiscret zu sein. Sind Sie mir böse?

Ich wäre der lächerlichste Narr, wenn ich es wäre, antwortete Oswald. Im Gegenteil, ich bin Ihnen dankbar, daß Sie mir eine Teilnahme zeigen, die ich sogar nicht verdient zu haben mir bewußt bin. Aber ich glaube, Sie sehen die Dinge ein wenig zu schwarz —

Woh! zu schwarz? sagte der Doktor lachend; ich sehe sie weder grau noch schwarz, ich sehe sie gar nicht; ich bin blind, stochblind auf beiden Augen. Adieu, mon cher, adieu. Wenn Sie sich über kurz oder lang nicht mehr so ferngefund fühlen sollten, wie zu dieser Stunde — so schicken Sie nur zu mir! Sie sollen sehen, daß ich nicht nur ein Arzt für die Gesunden bin, sondern auch für die Kranken.

Mit diesen Worten eilte der Doktor zur Türe hinaus und einen Augenblick später hörte Oswald das Knirschen der Räder seines Wagens auf dem Pies vor dem Portale.

Einundvierzigstes Kapitel.

Daß der Rat des Doktors vortrefflich sei, konnte Oswald um so weniger entgegen, als er noch vor kurzer Zeit über seine schiefen und ganz unbaltbare Situation in der Grentwitschen Familie nicht viel anders gedacht hatte. Aber einen Ausweg aus diesem Labyrinth vermochte er nicht zu entdecken; wenigstens nicht für den Augenblick. Er hatte in der letzten Zeit über seine Liebe zu Melitta alles andere vergessen und an eine Veränderung, die ihn sofort von der Geliebten entfernen mußte, dachte er nicht,

ja die Möglichkeit einer solchen hatte er immer als das größte Unglück angesehen. Und auch jetzt, wo durch Melittas Reife und durch den wahrscheinlichen Tod des Herrn von Berkow die Gegenwart und die Zukunft gleich dunkel und verworren schienen, konnte er sich unmöglich über einen Punkt entscheiden, der für Melitta nicht weniger wichtig war, als für ihn selbst. Und dann, ganz abgesehen von seinem Verhältnis zu Melitta, hatte er so gar keinen stichhaltigen Grund, die Stellung, zu der er sich auf mehrere Jahre verpflichtet hatte, aufzugeben, doch er einen Bruch hätte gewaltsam herbeiführen müssen. Ein solcher fester Schritt aber würde zu jeder Zeit für Oswalds Natur etwas Reinliches und Widerliches gehabt haben, und jetzt, wo die Baronin, gegen die er sich doch in einem solchen Falle wenden mußte, offenbar bemüht war, mit ihm, ebenso, wie mit aller Welt, in Frieden und Freundschaft zu leben, fehlte es ihm sogar an dem Mitterwichtigsten, an einem Gegner, welcher den von ihm hingeschoberten Fehdehandschuh hätte aufnehmen können und mögen.

Ueberdies hatte er noch ganz kürzlich der Baronin den Gang des Unterrichts der Knaben bis zu der Zeit, wo er mit ihnen die projektirte große Reise durch England, Frankreich, die Schweiz, Italien, vielleicht auch Aegypten antreten würde, ausführlich geschildert, mit einem warmen Interesse, das, wenn es seine Absicht war, die Aus-führung dieses Planes einem andern zu überlassen, mindestens unerklärlich schien. Auch auf den Wunsch der Baronin, mit Fräulein Helene die durch ihren Fortgang von der Pension unterbrochenen Studien wieder aufzunehmen, war er bereitwillig eingegangen; und morgen schon sollten diese Lektionen, an denen auch die kernlustige Baronin manchmal teilzunehmen versprach, ihren Anfang nehmen.

Und abgesehen von dem allem, so hätte er doch, ging er von Grentwits fort, auch Bruno verlassen müssen, Bruno, den er brüderlich liebte, dessen glänzende Fähigkeiten zu entwickeln ihm eine so köstliche Aufgabe dünkte, den in die Wissenschaft und hernach in das Leben einzuführen, bisher einer seiner liebsten Wünsche gewesen war!

Die deutsche... in der Kr... Die de... des Nutze... seit gewis... stimmung... haben sie... durch die... Heimbürg... im Parlan... den sozial... vom 1906... formuliert... und die so... wieder pro... proletarisch... den deren... sowie im... jenen Nach... Angere... tate, durc... versicherung... Auslands... Mutterfö... allem in d... sich seit e... die bürge... hemächtigt... sichtigt in... mer guden... haben, bere... Wenn... sozialdemo... den, es hi... Stellungna... einer Mut... Mutterfö... Meinung f... so wird ab... von Rötten... Die de... rat den Er... hat darin e... Willensaus... keine Miß... Bei un... Crisitanke... stimmung... tungsrecht... sollen. W... weiblichen... männlichen... Unterfö... Entwurf a... Frauen wo... arbeitsle... heraushebe... und Säug... Hier a... die einen f... und das ff... der unfäh... in die Kro... betriebl... gemuntert... Leider... einzelnen i... hat, als S... sicherungsp... besicht, we... wird und... 2000 Mk... Durch... pflichtigen... Die Lu... einen sehr... viel von d... jetzt die G... gemieden... stergängen... teilzunehm... sein große... selbst die... schuldig m... seinem Z... gleichgilti... wisse nicht... ihm sei zu... entflohen... Blume, w... scheine, l... und, in d... die eben i... unmöglich... seine Freu... wie sein... Alle war... würdige A... aber diese... das abnte... Demno... wohl Dar... eigenen G... gewesen h... ersten Ab... Die Sel... so ließ sich... lich auf S... Vogel gle... von seine... dacht war... um weni...

Mutter- und Säuglingsschutz

in der Krankenversicherung der Reichsversicherungs-Ordnung.

Die deutsche Sozialdemokratie — und innerhalb derselben die deutschen Genossinnen — haben seit Jahrzehnten der Frage des Mutter- und Säuglingsschutzes ihre steigende Aufmerksamkeit gewidmet.

Angeregt durch das Vorgehen der deutschen Sozialdemokratie, durch die Verhandlungen über die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz 1902, durch die Mutterchaftsbewegung des Bundeslands, sowie durch die steigende Aufmerksamkeit, die dem Mutterchaftsproblem in den Kreisen bürgerlicher Frauen, vor allem in den Kreisen der Intellektuellen gewidmet wird, haben sich seit einigen Jahren auch die bürgerliche Frauenbewegung und bürgerliche Sozialreformer der Frage des Mutterchaftsbeschützes bemächtigt.

Wemgleich in diesen bürgerlichen Kreisen auch nicht die sozialdemokratischen Forderungen erhoben und vertreten werden, es hier überhaupt noch nicht zu einer Einheitsfront der Stellungnahme gekommen ist, fordert man neben Errichtung einer Mutterchaftskasse von anderer Seite z. B. eine besondere Mutterchaftsversicherung, während wieder andere mit uns der Meinung sind, die Krankenversicherung müsse ausgebaut werden, so wird aber immerhin anerkannt, daß weitgreifendere Formen von Räten sind.

Die deutsche Regierung dagegen, die kürzlich dem Bundesrat den Entwurf der Reichsversicherungsordnung zugehen ließ, hat darin auf die seit langem vertretenen Forderungen, die den Willensausdruck weiter, interessierter Kreise bilden, absolut keine Rücksicht genommen.

Bei unserer Kritik des Entwurfs sehen wir vollständig ab von jenen Bestimmungen, die das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen zu untergraben drohen, sowie von jenen Bestimmungen, nach denen Landkrankenkassen ohne Selbstverwaltungsrecht für bestimmte Arbeiterkategorien geschaffen werden sollen. Wemgleich diese reaktionären Bestimmungen, die weiblichen Mitglieder der Kasse nicht weniger treffen als die männlichen, ja, bei dem Umstände, daß alle Schwangeren-Unterstützung bisher fakultativ war, und nach dem Entwurf auch bleiben soll, sogar das besondere Interesse der Frauen wachruft, so wollen wir doch, da hierbei die Gesamtarbeiterschaft engagiert ist, es bewenden lassen, bei einem Herausheben jener Bestimmungen, die den eigentlichen Mutter- und Säuglingsschutz enthalten.

Hier aber ist es nur eine einzige Bestimmung, die einen Fortschritt bedeutet gegenüber dem geltenden Rechte, und das ist die Einbeziehung der Landarbeiter, der Dienstboten, der unkündigen und der Heimarbeiter und einiger anderer mehr, in die Krankenversicherungspflicht. Damit ist zahlreichen Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen die Wöchnerinnen- und Schwangerenunterstützung zugänglich gemacht.

Leider enthält der § 197 des Entwurfs, nach dem er im einzelnen die versicherungspflichtigen Personenzirkel aufzählt, als Schlußsatz wieder die alte Bestimmung, daß die Versicherungspflicht nur außer bei Arbeitern und Dienstboten dann besteht, wenn die Tätigkeit dieser Personen gegen Entgelt geübt wird — und wenn ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst 2000 M. nicht übersteigt.

Durch diese Bestimmung ist der Kreis der versicherungspflichtigen Personen wieder viel zu eng gezogen.

Zahlreiche Frauen des Klein- und Mittelbürgertums, sowie der Intelligenz bedürfen zur Zeit der Schwangerschaft und als Wöchnerinnen dringend der sozialen Fürsorge, während sie jetzt sowie nach dieser übernommenen Bestimmung wiederum davon ausgeschlossen sind. Mit Rücksicht auf die soziale Fürsorgebedürftigkeit auch dieser Frauen während der Zeit der Mutterschaft, hatten die Genossinnen in Mannheim die Forderung vertreten, daß die Versicherungspflicht auf alle Frauen ausgedehnt sei, deren Familieneinkommen 3000 M. nicht übersteigt. Hinter dieser Forderung bleibt also der Entwurf weit zurück.

Dasselbe trifft leider gleichfalls zu auf alle übrigen Forderungen, weil hier der Entwurf lediglich geltendes Recht erhalten, aber nicht erweitern will. So besagt § 232: Der Betrag des Krankengeldes ist als Wöchnerinnenunterstützung auf die Dauer von insgesamt 8 Wochen (bisher 6 Wochen) vor und nach der Niederkunft an Wöchnerinnen zu gewähren, die innerhalb des letzten Jahres, vom Tage der Entbindung an gerechnet, mindestens 6 Monate hindurch auf Grund der Reichsversicherung gegen Krankheit versichert gewesen sind. Von diesen 8 Wochen müssen mindestens 6 auf die Zeit nach der Niederkunft fallen.

Die Forderungen der Genossinnen dagegen lauten: „Ausdehnung der Wöchnerinnenunterstützung von 6 auf 8 Wochen nach der Niederkunft, und falls das Kind lebt, und die Mutter willens und fähig ist, es zu stillen, auf 13 Wochen.“

Hervorragende Ärzte gehen sogar, gedrängt von dem Ergebnis ihrer medizinischen Forschungen — noch viel weiter. Sie erklären, daß nach 9 Monate nach der Geburt Mutter und Kind eine physiologische Einheit bilden sollen. Sie begründen ihre Forderung damit, daß die Forschungen der letzten Jahre festgestellt haben, daß im Blute eine ganze Anzahl hochkomplizierter Eiweißverbindungen vorkommen, die für den Ablauf aller Lebensprozesse von ganz hervorragender Bedeutung sind. Von diesen Eiweißverbindungen werden vom Blute an die Milch abgegeben und begünstigen so die Assimilation der ernährenden auf die aufbauenden Substanzen der Milch durch den Säugling.

Durch Ernähren des Säuglings mittelst Kuhmilch, die noch dazu durch Abkühlung in ihrer ursprünglichen chemischen Zusammenfassung eine Veränderung erfahren hat, erfolgt die Assimilation nicht so gut und so leicht, da die Tiermilch ganz andere Eigenschaften und Eigentümlichkeiten ihrer Eiweißverbindungen aufweist, deren Verdauung eine weit größere Kraftanstrengung des kindlichen Organismus erfordert, der er oft nicht gewachsen ist und deshalb zugrunde geht.

Soll deshalb der größte Reichtum der Nation, ein gesunder, kräftiger Nachwuchs, erzielt werden, ist das Minimum eines Wöchnerinnenschutzes 13 Wochen, um durch Zahlung der Unterstützung während dieser Zeit die Mütter in den Stand zu setzen, ihren Kindern die natürliche Nahrung der Mutterbrust zu reichen.

Der § 234 des Entwurfs bestimmt, ähnlich wie § 21, Abs. 1, Nr. 4 des bisherigen R.V.G., das die Zahlung, das Statut, besteht in einem fann, daß bei einer durch Schwangerschaft verursachten Arbeitsunfähigkeit den weiblichen Mitgliedern bis zur Dauer von 6 Wochen das Krankengeld als Schwangerschaftsunterstützung gewährt wird.

Ferner kann bestimmt werden, daß die erforderlichen Hebammendienste und die ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden frei zu behandeln sind.

Deshalb kann das Statut den nichtversicherungspflichtigen Ehefrauen der Massenmitglieder die Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung sowie die Hebammendienste und ärztliche Behandlung frei gewähren.

Demgegenüber fordern die Genossinnen: Erhöhung der Schwangerschaftsunterstützung auf die Dauer von 8 Wochen und an Stelle der fakultativen Gewährung durch Statut zwingendes Recht.

Die Unterstützung der Schwangeren auf die Dauer von 8 Wochen fordern sie, weil die Erfahrung gelehrt und ärztliche Autoritäten es bezeugt haben, daß die anstrengende Arbeit — ob Haus- oder Erwerbsarbeit — bis kurz zur Entbindung äußerst schädlich ist für den weiblichen Organismus, oft genug Unterleibsleiden nach sich zieht, genau so, wie die zu frühe Wiederaufnahme der Arbeit nach der Entbindung, und ferner äußerst schädigend wirkt auf die Nachkommenchaft. Erklärlich genug: So wie der Säugling von der Muttermilch ernährt,

wird das werdende Kind vom Blute der Mutter ernährt. Alles, was daher den mütterlichen Organismus schädigt, hemmt und schädigt auch die Entwicklungsmöglichkeit der kommenden Generation. Zwingendes Recht statt fakultativer Gewährung der Unterstützung muß gefordert werden, wenn diese überhaupt einen praktischen Wert haben soll. Im anderen Falle würde es von der Verteilung abhängen, was geschaffen werden soll und da hat bisher die Erfahrung gelehrt, daß es entweder langer Kämpfe bedarf, um eine Mehrleistung der Kasse zu erzwingen, oder aber die fakultativen Bestimmungen bleiben toter Buchstabe, wie es z. B. fast überall der Fall war mit der Wöchnerinnen- und Schwangerenunterstützung für die Ehefrauen der Massenmitglieder.

Dem wir haben nicht überall vom sozialen Geist belebte Vertreterpersönlichkeiten und Massenverbände. Wären diese überall, wäre die Mehrleistung ohne große Mehrbelastung durchzuführen, weil nach einer Berechnung des Genossen Mollenbuh 18 Beitragzahler für einen Geburtenfall aufzukommen hätten. Außerdem würden jedoch die Krankenkassen auch wieder viel Krankengeld sparen, welches jetzt an unterleibsleiden Kranke und für die Behandlung tiefer Kinder zu gehen ist.

Schließlich aber hat der Staat die Pflicht, falls es sich notwendig macht, Zuschüsse zu zahlen, um damit die Gesundheit und Leistungsfähigkeit des Volkes zu steigern.

Der Entwurf sieht als Krankengeld die Hälfte des Grundbeitrages (durchschnittlicher Tagelohn), die laut Statut auf drei Viertel erhöht werden kann, vor.

Als Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung müßte das Krankengeld unbedingt auf die volle Höhe des durchschnittlichen Tagelohnes festgelegt werden, damit den Frauen ein voller Ersatz ihres verlorenen Verdienstes gewährt wird. Denn nicht zum Vergnügen, sondern aus Not sind sie in die Erwerbsarbeit getreten, und sie würden entbehren müssen, erhielten sie weniger an Unterstützung, als der durchschnittliche Lohnausfall betrug.

Alle die genannten Forderungen sind das Minimum dessen, was an Mutter- und Säuglingsschutz gefordert werden muß. Und doch wird es eines schweren Kampfes bedürfen, es durchzusetzen.

Darum rufen wir schon heute die proletarischen Frauen auf den Plan. Darum fordern wir sie schon heute auf: Beschäftigt euch mit dem, was ihr als bringend nötige Reformen auf dem Gebiete der Krankenversicherung betrachtet, was aber die Reichsversicherung euch nicht bietet.

Seid ihr euch selber vollkommen klar über diese Materie, so könnt ihr um so nachdrücklicher und wirkungsvoller euch an dem Kampfe der Gesamtarbeiterschaft um die Reform der Reichsversicherungsordnung beteiligen.

Was wir fordern, werden wir nur kämpfend erringen, freiwillig bietet man uns nichts.

Kommunalpolitik.

Der Kampf um die Schuldeputation in Frankfurt a. M. Der Wahlvorstand des Frankfurter Stadterordnetenversammlung wird dem Plenum empfohlen, daß zur Wahl in die Volksschul-Deputation nochmals Genosse Dr. Quack vorgeschlagen wird, der von der Regierung bekanntlich nicht bestätigt worden ist.

St. Georgen, 16. Mai. Der Termin für die Bürgerauswahlwahlen ist nun bekanntgegeben und findet die Wahl für die 3. Klasse am Dienstag den 25. Mai von mittags 12 Uhr bis abends halb 8 Uhr statt. Die 2. Klasse wählt am Donnerstag den 27. Mai von 4 bis halb 8 Uhr und die 1. Klasse am Samstag, 29. Mai, von 12 bis 3 Uhr.

In der 3. Klasse wird die Sozialdemokratie selbständig vorgehen und ist es Pflicht der Parteigenossen, jetzt schon tüchtig zu agitieren, damit wir siegreich aus der Wahlkampf hervorgehen. Es dürften sich voraussichtlich 4 Listen gegenüberstellen, so daß der Kampf ein ziemlich heftiger werden dürfte.

Waldkirch, 17. Mai. Zurzeit werden hier Unterschriften gesammelt, welche für eine Petition um Errichtung eines Licht- und Luftbades an den Gemeinderat benötigt werden. Wir stehen ganz auf dem Standpunkt der Petenten und wünschen nur, daß damit ein Schwimmbad verbunden wird, denn in der hiesigen öffentlichen Badeanstalt herrschen ganz un-

Vorschriften zu halten. Er laboriert frei und vom Moment inspiriert auf der Bühne herum, was im modernen Musikdrama eben nicht mehr geht. Eine Wagner-Partie beherrscht man erst dann, wenn man sie gesanglich und mimisch durchaus studiert hat. Herr Vogelstrom möge aus jenem bekannten Brief Mottis an Herrn Knote seine Lehren ziehen. Was ist, um nur ein Beispiel zu nennen, anderes aus der wunderbaren Szene im ersten Akt zu machen, wo Siegmund vor den Augen der in fassungslos Entzückten geratene Sieglinde (was Frau Rodde-Seindl übrigens gut gelang) das Schwert aus dem Eschenstamm reißt und welche ergreifenden Augenblicke kann man miterleben, wenn Siegmund in verzweifelter Not das Schwert gegen die Geliebte zückt: „Zwei Leben lachen dir hier, nimm sie Nothung, mit einem Streich“. Und wenn ein Künstler noch so das Zeug dazu hat...

Ueber Frau Rodde-Seindl haben wir uns bereits früher geäußert. Ihre Sieglinde war im ganzen eine achtbare Leistung, wenn sie sich auch nicht zu klassischer Größe auswuchs. Das Organ klang voll, leider zu bald ermüdet. Von den Unfrigen verdienen wieder in erster Linie die stillichere, intelligente und durchgeistigte Verkörperung des Motan durch Herrn Völkner und der nicht minder charakteristische Hunding des Herrn Keller lobende Erwähnung. Der mit kräftigen, fast männlichen Akzenten gezeichneten Brunnhilde Frau Hofmann-Bielefelds haben wir im weiteren Verlauf der Ringaufführung Gelegenheit, uns eingehender zuzuwenden. Die Frida sang wieder Fr. E. Hofe r sehr gut und das Walüren-Motet war mit den gleichen Kräften wie das letzte Mal angemessen besetzt. Der Beifall des Hauses war nicht sonderlich stark. L.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Dienstag, 18. Mai. (41. Vorst. auf. Ab.) Festvorstellung zu Ehren des Besuchs des Prinzen Ludwig von Bayern: „Die Entführung aus dem Serail“, komische Oper in 3 Akten von Mozart. Anfang 8 Uhr.

Mittwoch, 19. Mai. (42. Vorst. auf. Ab.) Einmaliges Gastspiel des Englischen Theaters (Meta Jling): „Mr. Popkinson“, Schwanke in 3 Akten von Carlton. Anfang 8 Uhr.

dem Knaben? fragten sich die andern, wenn sie sahen, wie seine dunkeln Augen leuchteten, wie stolz und kühn seine Haltung, wie elastisch sein Schritt war; wenn sie seine Stimme hörten, die bald so weich war, wie ferner Gesang, bald in der Aufregung des Spiels, oder wenn sonst etwas seine Energie herausforderte, klar und scharf und machtvoll wie Drommetentön.

(Fortsetzung folgt.)

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

„Die Walküre“. Auf die erhabene Einleitung auf tröstlichen Höhen und in Nibelheims dunklen Schlünden, auf das Natur- und Götterdrama „Möngold“ folgte gestern Abend die „Walküre“. Es tut sich vor uns auf ein Bild der Erde mit ihren Menschen; Frühlingstürme wehen um das traurige Gesicht eines unselig liebenden Geschwisterpaares... Unsere dunklen Ahnungen haben sich nur zu rasch erfüllt. Nicht allein, daß Tänzler wieder einmal nicht so wollte wie die Intendanz es will, ein neues Communiqué in den Wandelgängen gab darüber getreue Auskunft, daß auch Frau v. Westhofen am Erscheinen durch Krankheit sich verhindert sah und man sich an ihrer Stelle Frau Anna Rodde-Seindl von Mannheim zu denken hat. Mit dem Ersatz für den hiesigen Helbentor kann man sich einverstanden erklären, weniger mit dem für unsere Primadonna. Offen gestanden, wir haben uns sehr gefreut, Herrn Fritz Vogelstrom von der Wamheimer Bühne wieder einmal hier zu hören, und können das, was wir von ihm in auswärtigen Blättern hinsichtlich seiner stimmlichen Fortschritte gelesen haben, nur vollaus bestätigen. In der Tat, der Sänger muß in den beiden letzten Jahren fleißig an sich gearbeitet haben, die Stimme ist bedeutend konzentrierter und dunkler gefärbt. Die allzuheile flache Vokalisation ist verschwunden, die Tongebung in piano und forte läßt kaum zu wünschen übrig; sie geschieht sicher und natürlich, ohne Fribato und Detonieren. Ist somit der gesungliche Eindruck ein äußerst sympathischer, so kann man hingegen von der Darstellung das gleiche vorüberhand noch nicht sagen. Hier fehlt dem Künstler die Gauphsache und das ist die, sich genau an dem Wagnerschen

Die kurze Reise schien, wie auf alle, so auch auf Bruno einen sehr wohlthätigen Einfluß gehabt zu haben. Er hatte viel von seinem trostig düstern Wesen abgelegt; er suchte jetzt die Geselligkeit, die er früher im Verein mit Oswald gemieden hatte, und gab auch Oswald gute Worte, an Spaziergängen und an andern gemeinsamen Vergnügungen teilzunehmen. Er ahnte nicht, daß Oswald ihm durchaus kein großes Opfer brachte, wenn er diesen Witten nachgab, ja, daß dieser sich nur zum Schein bitten ließ, um vor sich selbst die Inkonsequenz, deren er sich in dieser Beziehung schuldig machte, zu beschönigen. Bruno, von Oswald mit seinem Interesse an Dingen und Personen, die ihm sonst gleichgültig oder verhaßt gewesen waren, geneckt, sagte, er wisse nicht, was mit einem Male über ihn gekommen sei; ihm sei zu Mute, wie einem Vogel, der, aus seinem Käfig entflohen, die Freiheit wieder erlangt habe; wie einer Blume, wenn nach Sturm und Regen die Sonne wieder scheint. Und wirklich, Bruno war munter wie ein Vogel und, in dieser seiner Munterkeit, schön wie eine Blume, die eben dem Lichte den vollen Reiz erschließt. Es war unmöglich, den herrlichen Knaben nicht zu betauern: seine Freundlichkeit war eben so hinreißend liebenswürdig, wie sein Trotz abstoßend und oft gerade beleidigend war. Alle waren miteinander darüber einig, daß eine merkwürdige Veränderung mit Bruno vorgegangen sei; was aber diese Veränderung hervorgebracht hatte — das wußte, das ahnte keiner.

Dennoch hätte der Grund derselben einem scharfsinnigen Beobachter nicht entgehen können, und würde auch wohl Oswald nicht entgangen sein, wenn er mit seinen eigenen Herzengangelegenheiten nicht so vollaus beschäftigt gewesen wäre. Schon die Unterhaltung mit Bruno am ersten Abend hätte ihm einen Aufschluß geben müssen. Die Helene's Name dort wieder und immer wiederkehrte, so ließ sich jetzt alles, was der Knabe sagte und tat, schließlich auf Helene zurückbeziehen, obgleich er allerdings, dem Vogel gleich, der durch Hin- und Herflattern den Vorfänger von seinem Nest fortzulocken sucht, sorgfältig darauf bedacht war, andere vorzuschreiben und sich für Helene gerade am wenigsten zu interessieren schien. Was ist nur mit

gesunde Verhältnisse und auf sie einzugehen, behalten wir uns vor. — Wenn nun im Sommer die Elz kein Wasser hat und das Gewerbebetriebs durch die Farbwasser aus den Fabriken und verschiedenen Kontaminationen für diese Zwecke unbrauchbar ist, so lassen sich doch bei nur einigermaßen gutem Willen Wege finden, z. B. durch Benützung der Wasserleitung mit Vorwärmer, wie dies in anderen Städten schon längst der Fall ist. — Bei billigen Benützungspreisen wird sich eine solche Anstalt auch gut rentieren; jedenfalls besser als die Ausgaben für den zweiten Musiklehrer, die so unnötig sind als ein Kropf, da ein Bedürfnis für zwei Musiklehrer hier absolut nicht vorliegt.

Sitz, 16. Mai. Der Gemeinderat hat den einstimmigen Beschluß gefaßt, die am 1. August neu zu bestellende Bürgermeisterei sofort auszuschreiben. Die Antwort auf das seitens des Gemeinnützigen Vereins an den Gemeinderat gerichtete Gesuch um sofortigen Zusammenruf des Bürgerausschusses in der Bürgermeisterfrage hat folgenden Wortlaut: „Wir teilen ergebenst mit, daß der Gemeinderat beschlossen hat, die Bürgermeisterfrage zur öffentlichen Vernehmung auszuschreiben, nach dem in dem Kollegium vertretene gemeindepolitische Richtigungen sich dafür ausgesprochen haben, daß dies der Ansicht des gesamten Bürgerausschusses entsprechen würde. Der Gemeinderat wird sodann in einer in nächster Zeit eventuell noch vor Pfingsten anzuberaumenden Besprechung des Bürgerausschusses Gelegenheit nehmen, mit dem Bürgerausschuß über die weiteren in der Sache zu unternehmenden Schritte zu beraten und zu beschließen.“

Deutscher Reichstag.

Berlin, 17. Mai.

Ein an den Präsidenten eingegangenes Schreiben des Grafen Zeppelin ladet den Reichstag ein, zu einer Besichtigung seines Luftschiffes in Friedrichshafen am 5. Juni.

Die Beratung des Viehseuchengesetzes wird fortgesetzt mit der Abstimmung über den § 67d. Es liegt hierzu ein freisinniger und sozialdemokratischer Antrag vor, die eine fast gleichlautende Fassung haben und die Laienkommission wieder in das Gesetz eingefügt wissen will. Die Anträge werden abgelehnt und der Paragraph unverändert angenommen. In diesem Augenblick schiederte von der Tribüne ein älterer Herr, ein gewisser Josef Appelt aus Reichenbach in Böhmen, eine ganze Anzahl Flugblätter in den Saal. Der Präsident Graf Stolberg ließ sofort die Entfernung des Mannes vornehmen. Die Flugblätter enthielten eine Beschwerde darüber, daß die von dem Bannananten an den Kaiser gerichteten Reklamationen für seine Heilwasserkur nicht beantwortet worden seien. Dann wird der Rest des Gesetzes, außerdem mehrere von der Kommission beantragte Resolutionen debattiert und angenommen. Ferner gelangt zur Annahme eine Resolution, welche die Vorlegung eines Gesetzentwurfes behufs gesetzlicher Regelung des Abbederewesens im deutschen Reich verlangt.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines Schutzbereichs-Vertrages. Staatssekretär Dernburg erzieht die Annahme des Entwurfs.

Abg. Engelberg (Zentr.) führt aus: Die Vorlage trägt einem früheren Wunsch der Budgetkommission Rechnung. Eine eingehende Prüfung sei aber doch wohl nötig, ebenso eine Verweisung an die Budgetkommission.

Abg. Arning (Rp.) meint, daß das Gesetz an die Budgetkommission gehen müsse.

Gegenüber dem Vorredner glaubt Staatssekretär Dernburg, daß die Frage der Selbstverwaltung und Schutzgrenze doch wohl in einem losen Zusammenhange mit der Vorlage stehe.

Abg. Lebebour (Soz.) stimmt dem Antrage auf kommissarische Beratung zu, dabei gegen einzelne Vorschriften polemischierend.

Abg. Biern (Konf.) erklärt, auch seine Freunde seien mit der kommissarischen Vorberatung einverstanden.

Staatssekretär Dernburg: Gegenüber der ganzen Polemik gegen die Vorlage müsse er doch feststellen, daß diese Vorlage mit der Fassung übereinstimme, der das Haus bereits früher zugestimmt habe.

Die Vorlage geht alsdann an die Budgetkommission. Weiter folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die Verwaltung des Reichsinvalidenfonds und des Pensionsfonds. Nach kurzer Debatte wird der Entwurf gleich in zweiter Lesung angenommen.

Nächster Gegenstand ist die zweite Beratung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb.

Abg. Ritter (Zentr.) bemerkt zum § 1, es sei dankenswert, daß die Kommission die Generalklausel (von dem Verstoß gegen die guten Sitten) aufgenommen habe. Die Vorlage werde dem Gewerbetreibenden zum Segen gereichen.

Abg. Ling (Rp.) erklärt, daß auch er sich freue, daß die Konkurrenzklausele eingefügt worden sei. — Weiter äußern sich in zustimmendem Sinne zu dieser Klausel die Abg. Müller-Meinungen (fr. Rp.), Siewert (natl.), Jund (natl.), der noch besonders betont, daß diese Klausel auf dem Wunsch aller Parteien beruhe und auf dem Wunsch aller beteiligten Kreise, ferner Abg. Graf Carmer-Bieserwitz (Konf.), Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.). Dieser bemerkt noch, daß seine Freunde erst Bedenken gegen die Klausel gehabt hätten, daß sie diese aber nach der Nachprüfung des Reichsgerichts über den § 826 des B.G.B. fallen gelassen hätten. — Die §§ 1 und 2 werden dann unverändert angenommen.

Weim § 3, der u. a. in der Reklame unwahre und zur Zurechtweisung geeignete Angaben tatsächlicher Art für strafbar erklärt und Gefängnis bis zu einem Jahr und Geldstrafen bis 5000 Mk. vorsieht, beantragt Abg. Noeren (Zentr.) die Worte „tatsächlicher Art“ zu streichen, also unwahre Angaben generell unter Strafe zu stellen.

Gef. Oberregierungsrat Dr. Dungs widerspricht dem Antrage. Die Abg. Arnold (Konf.) und Ling (Rp.) treten für die Streichung ein, da die Beibehaltung der Worte zu heillosen Verwirrungen führe.

Abg. Dr. Frank (Soz.) bekämpft den Antrag Noeren. Von der Rechten wird ein Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt.

Abg. Jund (natl.) spricht gegen den Antrag Noeren, Abg. Neumann-Spöer (fr. Rp.) ebenfalls.

Abg. Werner (Rp.) zieht den Antrag auf namentliche Abstimmung zurück, kündigt ihn aber für die dritte Lesung an. Der Antrag Noeren wird angenommen. Dafür stimmt neben der Rechten und Zentrum auch ein Teil der Nationalliberalen.

§ 5 ist der Konkurrenzklausele-Paragraf. Er wird angenommen. § 6 scheidet die Offenlegung des Warenzeichnisses bei Ausverkäufen vor.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Rp.) beantragt, daß hierzu die gesetzliche Handels- und Gewerbeverwaltung anzuhören sei. Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erklärt, daß dies sicher geschehen werde, wendet sich aber gegen jeden gesetzlichen Zwang.

Abg. Müller-Meinungen erklärt, wenn dies geschehe, dann können wir ja den Antrag ruhig annehmen. Der Antrag wird angenommen. — § 10 ist der Schmiergelder-Paragraf, von der Kommission neu eingefügt.

Abg. Graf Carmer-Bieserwitz (Konf.): Nicht weniger als 46 Handelskammern haben sich für einen solchen Schmiergelder-Paragrafen erklärt, der sich überdies weniger gegen die Angeklagten, als gegen die Bestechenden wendet.

Abg. Mugdan (fr. Rp.) befürchtet, daß diese Strafbestimmung zu vielen Denunziationen führen werde und glaubt, daß § 826 des B.G.B., der die Entschuldigungsverpflichtung ausdrückt, vollkommen genügt.

Abg. Ling (Rp.) bedauert die ablehnende Stellung der Sozialdemokraten und Freisinnigen.

Abg. Ritter (Zentr.) erklärt, auch seine Freunde würden dem Paragraphen zustimmen.

Abg. Carsten (fr. Rp.) bezweifelt, daß Dr. Mugdan die Mehrheit seiner Fraktion hinter sich habe. Ein großer Teil stehe jedenfalls auf dem Boden des Paragraphen.

Abg. Jund (natl.) tritt ebenfalls für den Paragraphen ein. Abg. Potthoff (fr. Rp.) bittet dringend, den Paragraphen abzulehnen. Die Angestellten wünschen einmütig, davon verschont zu bleiben. Das Uebel, das man mit dem Paragraphen schaffe, sei nach seinem Eindruck größer als das, was man treffen wolle.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erklärt die Zustimmung der Regierung zum § 10a. — Der § 10a wird dann unverändert angenommen.

Nach § 14 wird der Verrat von Geschäftsgeheimnissen mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafen bis zu 5000 Mark bestraft.

Abg. Grün (Soz.) fordert Streichung des Paragraphen, da das bestehende Gesetz ausreicht.

Der Paragraph wird angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes. — Hierauf erfolgt Vertagung: Dienstag 1 Uhr dritte Lesung. — Schluß 6 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Ein ungetreuer Gewerkschaftsbeamter. Der Geschäftsführer der Mannheimer Zählstelle des Sassenarbeiterverbandes, Karl Grassinger, ist nach einer Unterschlagung, die längere Zeit zurückliegt, flüchtig geworden. Grassinger will beim letzten Kampf im Sassengebiet größere Manos in seiner Verbandskasse gehabt und diese mit von Geschäftsleuten entliehenen Darlehen gedeckt haben. Am 1. April ds. Js. war er zur Rückzahlung der Darlehen an die Privatpersonen verpflichtet; dazu benutzte er die Kassengelder des Verbandes. Bei der ordentlichen Revision stellte sich ein Defizit von 1100 Mk. heraus. Die Aufregung über den Vorfall ist bei der Mannheimer Arbeiterkassette groß. Gelbe Arbeitervereiner und Lokalfisten beuten den Vorfall weidlich aus.

Fullendorf, 16. Mai. Welch „humane“ Behandlung manchmal Meister ihren Gesellen und Lehrlingen angedeihen lassen, zeigt wieder folgender Fall: Ein Geselle des Schreinermeisters Fetscher war in einem Neubau beschäftigt und da es heiß war, holte er sich — Trinkwasser an dem kaum 10 Meter entfernten Brunnen. Im selben Augenblick kam der Meister und schnauzte ihn wegen dieses „Verbrechens“ an. Der Geselle gab zur Antwort, er habe Wasser zum Trinken geholt und begab sich an die Arbeit. Das „Vergehen“ war aber noch nicht gesühnt, denn Fetscher überschüttete den Gesellen mit Namen wie Faulenger, Lump, Sozialdemokrat usw. Als sich der Geselle dies verbal, nahm dieser „christliche“ Meister ein Holzstück, ging auf den Gesellen los und verjagte ihn einen Stoß, daß er an die Hohlhand fiel und jagte ihn vom Bau. Als der Geselle seine Koppe noch holen wollte, bekam Fetscher wieder seinen Anfall, gab dem Gesellen noch einen Stoß und warf ihn zur Türe hinaus. Auch in der Ausbeutung der Lehrlinge leistet sich dieser Herr Erkländliches. Bis abends 8 Uhr, manchmal auch bis 9 Uhr, müssen die Lehrlinge arbeiten; Sonntag s müssen sie die Maschinen und Werkstoffe reinigen. Wo bleibt da die Aufsichtsbehörde? Solche Zustände wären nicht möglich, wenn die Arbeiter in Fullendorf gewerkschaftlich organisiert wären. Hoffentlich lernen sie aus diesen Vorgängen etwas.

Geiselberg, 14. Mai. Die Differenzen in der Fuchsfischen Waggonfabrik sind durch Vermittlung des Fabrikinspektors beigelegt. Die Forderung der Arbeiter, die sich auf die Zurücknahme eines angekündigten 10prozentigen Lohnabzuges bezog, wurden größtenteils bewilligt. Die Arbeit wird heute wieder aufgenommen.

Der Eintritt der Syndikalistik in den italienischen Gewerkschaftsbund. Die italienischen Anarcho-Sozialisten, die sich Syndikalistik nennen, haben in Bologna ihren diesjährigen Kongreß abgehalten. Das wichtigste Ereignis der Tagung ist ungewiss, ob der Beschluß, daß die syndikalistischen Organisationen in den Gewerkschaftsbund (Confederazione generale del Lavoro) eintreten sollen. Dieser Beschluß bedeutet einmal das Eingeständnis der Syndikalistik, durch eigene Kraft nichts erreichen zu können, und zum anderen eine mindestens numerisch sehr ins Gewicht fallende Stärkung der Arbeitskonföderation, des Gewerkschaftsbundes. Zu hoffen ist, daß der Beschluß von Bologna eine Etappe auf dem Wege zur Vereinheitlichung der gesamten italienischen Arbeiterbewegung ist.

Hier ist freilich ein gewisser Skeptizismus geboten, der darum nicht in Pessimismus umzuschlagen braucht. Der klare und ungewöhnliche Antrag der Maria Nigier, wonach die syndikalistischen Organisationen sich vorbehaltlos dem Gewerkschaftsbunde anschließen sollten, wurde abgelehnt und statt dessen ein Antrag Rabbri (Rom) angenommen, welcher lautet: „Der Kongreß erklärt, daß die (syndikalistischen) Organisationen beim Eintritt in die Confederazione generale del Lavoro die Taktik der direkten Aktionen beibehalten, daß sie die absolute Unvereinbarkeit der Massenorganisation mit der Einmischung dieser Organisation in die Wahlen (inkl. Kommunalwahlen usw.) betonen, desgleichen die Notwendigkeit für die Gewerkschafts-Organisationen, gegenüber allen politischen Parteien oder Gruppen die strikteste Neutralität zu bewahren und keiner dieser Parteien und Gruppen irgend eine Einmischung in die inneren Gewerkschaftsangelegenheiten zu gestatten.“

Der reformistische Mailänder „Tempo“ übt eine scharfe Kritik an diesem Beschluß, den er als „zweideutig“ bezeichnet. Nach der Kritik des „Tempo“, die auch von nichtreformistischen Parteigenossen unterschrieben werden kann, läßt sich der Beschluß von Bologna doppelt auslegen. Man kann aus ihm die Absicht herauslesen, innerhalb der Arbeitskonföderation anarcho-syndikalistische Politik zu treiben; man kann ihn aber auch als das Bekenntnis zu einem engberzigen, kleinlichen, geradezu ärmlichen Politik, als — Gewerkschaftertums auslegen. Der Beschluß gibt der zweiten Auslegung Recht und ironisch meint der „Tempo“: Die bürgerlichen Professoren der Nationalökonomie, die nicht müde werden, den „unpolitischen“ Tradeunionismus (wie sie ihn sich vorstellen) zu preisen, werden dem Beschluß von Bologna die wärmsten Lobsprieße gönnen. Ein Komitee soll die Vorbereitungen zum Eintritt in die Arbeitskonföderation ausarbeiten, das natürlich keine Widersprüche gegen die Statuten der Arbeitskonföderation enthalten soll.

Weitere Tarifabschlüsse in der Steinindustrie.

Nachdem wir berichten konnten, daß in Kürnberg und Umgebung den unterliegenden Orten alle Unternehmer den Vertrag anerkennen, sind wir heute bereits in der Lage, weitere Abschlüsse von dem benachbarten Sulzfeld melden zu können. Die Firmen Gimelsbach u. Co., Jakob Kern und David Kern haben jetzt ebenfalls mit dem Zentralverband der Steinarbeiter Tarifverträge abgeschlossen. Die bisherigen Verhältnisse in Sulzfeld entsprachen im wesentlichen den im letzten Bericht von Kürnberg und Umgebung Geschilderten.

Der abgeschlossene Vertrag setzt für die Zeit vom 16. März bis 30. Oktober einen Tagelohn von 4 Mk. fest. Für die Wintermonate stuft sich der Lohn nach der Länge des wechselnden Arbeitstages ab und zwar beträgt derselbe im November und Dezember 3 Mk. und im Dezember und Januar 2,50 Mk. pro Tag. Wir wollen nicht wiederholen, was im letzten Bericht gesagt wurde. Es sei aber darauf hingewiesen, daß neben dem materiellen Vorteil, den die Besserung und Sicherung des Einkommens für die beteiligten Steinarbeiter gebracht hat, ohne Nebenwirkung behauptet werden kann, daß die tarifliche Regelung der Löhne für mehrere hundert Arbeiter für das ganze Gebiet von weittragender volkswirtschaftlicher Bedeutung ist. Indirekt werden von den verbesserten Lohnverhältnissen auch die Kreise eines Vorteils haben, die bisher den Bestrebungen der Organisation feindlich gegenüber standen.

Noch auf eine andere bedeutsame und lehrreiche Erscheinung bei den verlassenen Lohnbewegungen sei bei dieser Gelegenheit verwiesen. Zu Beginn der Bewegung wurden das Bürgermeistertum der Stadt Karlsruhe und die Generaldirektion der Badischen Eisenbahnen vom Inhalt der vorgelegten Verträge und der Stellung der Unternehmer unterrichtet. Als bedeutendste Abnehmer der Steinindustrie haben genannte Behörden die Möglichkeit auf die Unternehmer ihren Einfluß geltend zu machen. Besonders war dies bei der Stadtverwaltung von Karlsruhe der Fall. Der § 5 der Bestimmungen über die Vergütung von Arbeiten und Vorfahrungen für die Stadt Karlsruhe bietet zu einem Eingreifen im gedachten Sinne die beste Handhabe. Derselbe lautet:

„Firmen, die in Bezug auf die Arbeitszeit, den Arbeitslohn und die Behandlung ihrer Arbeiter und Angestellten unbillig halten, sind von der Befreiung auszuscheiden. Insbesondere können Firmen, die der Koalitionsfreiheit ihrer Angestellten und Arbeiter Schwierigkeiten bereiten, ausgeschlossen werden.“

Der Stadtrat hat in befangener Richtung Schritte unternommen, wie weit diese gingen, ist uns nicht bekannt geworden, aber wir wissen, daß dieser Umstand eine außerordentlich wichtige Rolle gespielt hat. Die bisher im großen Ganzen im Karlsruher Gebiet üblichen Verhältnisse waren eher alles andere in Bezug auf Lohn und Behandlung als billig. Ebensoviele war die Koalitionsfreiheit keine unbestrittene. Seit Jahren werden alle städtischen Steinhauerarbeiten nach diesem Gebiet vergeben. Wir wollen im Augenblick nicht die Frage aufwerfen, ob diese gängliche Ausschaltung der Karlsruher Steinarbeiter erfolglos mußte. Karlsruhe hat vor einiger Zeit noch eine bedeutende Steinindustrie gehabt. Durch die Vergütung aller Arbeiten nach außerhalb ist die Laubbranche jetzt bis auf wenige Flickarbeiten zusammengeschrumpft. Die Verhältnisse für die Steinhauer wurden immer trauriger. Viele haben den Beruf aufgeben müssen oder müssen versuchen, außerhalb ihr Brot zu verdienen. Jedes Jahr bringt eine lange Arbeitslosigkeit mit sich. Ähnlich drohten sich die Verhältnisse im Bruchgebiet unter dem Druck der allgemeinen Geschäftslage noch mehr zu verschlechtern, wenn nicht die Organisation den vollen Stein zum Halten gebracht hätte. Wenn die Stadtverwaltung diesem Vertrieben ihre Unterstützung leiht, so unterscheidet sich diese Stellungnahme vorteilhaft von der Auffassung der Versammlungsleitung der Protestversammlung über die Vergütung der städtischen Arbeiten am 12. Februar im „Goldenen Adler“.

Dies erklärte die Schilderung der Zustände in dem Gebiete, wo die städtischen Steinhauerarbeiten hergestellt werden, als nicht zur Sache gehörig. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß die Stadtverwaltung und auch die Öffentlichkeit ein erhebliches Interesse daran hat, welche Lohn- und Arbeitsbedingungen bei den Unternehmern herrschen, die mit der Ausführung der öffentlichen Arbeiten betraut werden, auch wenn sie außerhalb des Reichsbildes unserer Stadt hergestellt werden. Bedeutend und lehrreich ist diese Erscheinung besonders deshalb, weil sie trefflich illustriert, welche eminente Bedeutung die Vertretung der Arbeiterkassette in den gesetzgebenden und den Verwaltungskörperschaften hat. Daraus erwächst der Arbeiterkassette aber auch die Pflicht, sich politisch zu betätigen. Für die badischen Steinarbeiter bieten die kommenden Landtagswahlen die beste Gelegenheit, ihren politischen Einfluß geltend zu machen.

Wie bemerkt, wurde auch die Generaldirektion der Eisenbahnen benachrichtigt. Ob von dieser in der Angelegenheit etwas unternommen wurde, ist uns nicht bekannt geworden. Eine ähnliche Bestimmung, wie der § 5 der Karlsruher Vergütungsbestimmungen existiert für die Bahnverwaltung nicht. Die Verpflichtung derselben ist somit nur eine moralische. Dafür zu sorgen, daß ähnliche Bestimmungen für alle Staatsarbeiten geschaffen werden, liegt bei den Landtagswahlen in der Hand der Arbeiterkassette. Hoffen wir, daß diese sich dessen bewußt sein wird.

Seite 5
Brida
rufen
überf
tion
Lan
berg
nach
du
er
G
w d
im M
nung
Allen
So
gung
hat
eine
die
gegen
Ber
folgt
naden,
usgab
gut
feier
vorgi
Gegner
nalen
Lug. Die
haunlich
rend in
im engli
Macht
Dester
rer Part
eine für
politisch
nossen,
Zeitpunkt
Kriegs- u
Stellung
nießs be
Zahr,
burger
Gerold
fengere
Arbeiter
einige
Frei
Spon
tammen
langert
Arbeiter
Die
Auf d
die am
Arbeiter
Lema
Seit
Reform
der Kran
nicht nur
flüchtige
matorische
organische
wortet. I
Lieberste
terung der
Spatjahr
solche der
die Meinu
ernstlich
eingemach
Enttäusch
neue Reich
Entwurf
ung; zum
über den
Kobid de
Schritte
Ginlich tri
und zwei
Der vor
ordnung
sicht die gan
überflich
Neu ist vor
Schiedene
zur Verhan
sichde und
Frankenka
ständig war
zusammen
unter dem
scheide des
bos Ober
zentralen
gegenüber
ang insofern
Rechte im
nennen ist
ber nur in
mittel der
macht werde
sicherten un
angewandte
Kenderung

Aus der Partei.

Zum Parteisekretär für Frankfurt a. M. wurde der Genosse Privatbeamter und Stadtverordneter Heinrich Wittich be- rufen. Er tritt in die Stelle des bekanntlich nach Solingen übergesiedelten Genossen Dittmann ein, der dort in die Redak- tion des Parteiblattes eintritt.

Hausführung. Auf Ersuchen des Staatsanwalts beim Landgericht II Berlin fand am 14. Mai bei unserem Sonnen- berger Parteiblatt „Thüringer Volksfreund“ eine Hausführung nach dem in Sonneberg gedruckten, angeblich eine Gotteslästerung enthaltenden sozialistischen Liederbuch statt.

Ein Jahr Gefängnis hatte am 13. Mai Genosse Mark- walb von der „Königsberger Volkszeitung“, der Verurteilte im Remeler Schandäulenprozeß, das Opfer freisinniger De- mungzung und preußischer, speziell Schubert'scher Justiz, zu Allenstein hinter sich. Auf 15 Monate lautet das Pluturteil.

Vorschlag einer internationalen sozialistischen Verbin- dung über die Nützungspolitik. Die Mailänder Parteisektion hat beschlossen, den italienischen Parteivorstand zu ersuchen, eine internationale Zusammenkunft einzuberufen, auf der sich die Sozialisten der verschiedenen Staaten über ihre Opposition gegen neue Militärausgaben verständigen können. Nach einer Veröffentlichung des „Avanti“ war für diese Forderung die folgende Erwägung bestimmend: Die Bourgeoisie aller Länder pflegt den Sozialisten des eigenen Staates den Vorwurf zu machen, daß sie allein vaterlandslos und Gegner der Militärausgaben seien, während die Sozialisten der anderen Länder gut patriotisch fühlten und handelten. Man möchte nun eine feierliche internationale Kundgebung veranstalten, aus der hervorgehe, daß die sozialistischen Parteien in allen Kulturstaaten Gegner des Krieges sind. Gerade bei der drohenden internationalen Lage scheint eine derartige Kundgebung besonders wich- tig. Die Mailänder Genossen meinen, daß es in der Tat er- gänzlich sei, die heutige allgemeine Nützungswut zu sehen, wäh- rend in Frankreich eine demokratische Regierung am Ruder ist, im englischen Ministerium die Arbeiterfreundlichkeit sich breit macht, Deutschland jene kolossale sozialistische Bewegung hat, Österreich eine so mächtige parlamentarische Vertretung unse- rer Partei zählt und Italien in seiner äußersten Linken über eine starke und energische Opposition gegen jede Abenteuer- politik verfügt. Aus dieser Erwägung heraus halten die Ge- nossen, die für die internationale Konferenz eintreten, den Zeitpunkt für günstig, um die proletarische Ablehnung der Kriegs- und Nützungspolitik öffentlich kund zu tun. Ueber die Stellung des Parteivorstandes zu dem Vorschlag ist bis jetzt nichts bekannt.

Am 17. Mai. Am Himmelfahrtstag wird der Offen- burger Arbeiterverein „Freiheit“ einen Ausflug über das Geroldsberg nach Lahr unternehmen. Der hiesige Arbeiterge- sangverein „Arbeiterfängerbund“ sowie die gesamte organisierte Arbeiterkraft wird sich zur Pflicht machen, den Offenburgern einige gemüthliche Stunden zu bereiten. Morgens halb 11 Uhr Treffschoppen im Hotel zum „Hochbergsee“. Mittags nach dem Essen Spaziergang durch die Stadt. Hierauf gemütliches Besamensein im Schanzgarten. Halb 4 Uhr beginnt dann das Konzert im „Rappen“. Zu all diesen Veranstaltungen ist die Arbeiterkraft von Lahr und Umgebung freundlichst eingeladen.

Die Reichsversicherungsordnung.

Auf der Konferenz der Gewerkschaftskartelle Badens, die am Sonntag in Offenburg stattfand, behandelte Arbeitersekretär Gen. Böttger aus Mannheim obiges Thema in recht instruirender Weise. Er führte aus:

Seit Jahren wartet die deutsche Arbeiterkraft auf eine Reform der Arbeiterversicherung. Der Vereinfachung der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung wurde nicht nur seitens der Arbeiter das Wort geredet; auch ein- flussreiche bürgerliche Sozialpolitiker haben die refor- matorische Notwendigkeit der Verschmelzung zu einem organischen Ganzen, ausführlich und eingehend be- sprochen. In dem gleichen Sinne haben sich auch die ver- schiedensten Interessengruppen in Bezug auf eine Erwei- terung der Leistungen der Arbeiterversicherung ausge- sprochen. Eine Konferenz im Reichsamt des Innern im Späthjahr 1908, zu welcher Vertreter der Arbeitgeber und solche der Versicherten hinzugezogen waren, ließ beinahe die Meinung aufkommen, als sei die Reichsregierung ernstlich bemüht, den Wünschen der Arbeiter wenigstens einigermaßen Rechnung zu tragen. Um so größer jetzt die Enttäuschung, nachdem dem Reichstage die soeben erschie- nene Reichsversicherungsordnung zugegangen ist. Dem Entwurf mangelt nicht nur die längst begehrte Verbesse- rung; zum großen Teil bringt er sogar Nachteile gegen- über den jetzt bestehenden Gesetzesbestimmungen. Ein Abbild der Echterbacher Spring-Prozession! Zwei Schritte vorwärts und einen Schritt zurück. In mancher Hinsicht trifft sogar das Umgekehrte zu: Einer vorwärts und zwei Schritte zurück.

Der vorliegende Entwurf einer Reichsversicherungs- ordnung — es sind 1793 Paragraphen vorgesehen — um- faßt die ganze Gesetzesmaterie und gibt derselben eine bessere übersichtliche Grundlage, als dies jeither der Fall war. Neu ist vor allem auch ein gemeinsamer Aufbau der ver- schiedenen Instanzen, in denen Beschwerden, Berufungen zc. zur Verhandlung gelangen. An Stelle der Kommunal- behörde und unteren Verwaltungsbehörde, die jeither in- ständig waren, tritt das Versicherungsamt. Die Zusammenlegung dieser Instanz ist eine paritätische, jedoch unter dem Vorherrschen eines Staatsbeamten. Gegen die Ent- scheidung des Versicherungsamts ist Berufung zulässig an das oberste Versicherungsamt, das an Stelle des kanton- schiedsgerichts, soweit für dieses Gericht Kran- kenversicherung in Betracht kam, tritt. Diese Neuerung ist gegenüber dem bestehenden Zustand eine Verschlechterung insofern, als dem Versicherten, die Möglichkeit, seine Rechte im Rekursverfahren geltend machen zu können, ge- nommen ist. Nur bei Unfallentscheidungen und hier wie- der nur in grundsätzlichen Fragen, kann von dem Rechts- mittel der Revision, nicht des Rekurses, Gebrauch ge- macht werden. Unbretreitbar ist ferner die für die Ver- sicherten unerfreuliche Tatsache, daß das Rentenfestset- zungsverfahren in Bezug auf schnellere Erledigung, keine Veränderung bringt, abgesehen auch davon, daß die Auto-

tratie der Berufsgenossenschaft, bei Festsetzung der Ent- schädigung unberührt bleibt.

Die Wahlen zu den verschiedenen Instanzen sind die gleich komplizierten wie jeither. Durch einen umständ- lichen bürokratischen Wahlapparat findet eine mehrfache Siebung der einzelnen Vertreter für die verschiedenen In- stitutionen statt. Zu einem allgemeinen gleichen Wahl- recht für volljährige, männliche und weibliche Versicherte, auf der Grundlage des Proporz, hat sich das Reichsamt des Innern nicht verstehen können. Auch hier wieder heiligt der Zweck das Mittel. Der Einfluß der modernen Arbeiterbewegung soll möglichst eingengt werden.

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß von einer Ver- einseitigung der drei Versicherungsarten im neuen Ent- wurf nichts zu finden ist. Dafür geht das Reichsamt des Innern umso mehr dem Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen gehörig auf das Fell. Die Zweidrittel- Majorität der Versicherten fällt weg. An deren Stelle tritt eine Halbierung der Vertreter zu der General-Ver- sammlung und im Vorstand der Kasse. Hinzukommt noch, daß gegebenenfalls der Vorsitzende von der Kommunal- behörde bestimmt wird. Die Beitragszahlung soll eben- falls halbiert werden. Für diesen winzigen materiellen Vorteil müssen die Arbeiter wichtige Rechte und Vorteile preisgeben, ein Tausch, zu dem niemals geraten werden kann.

Die Betriebs- und Fabrikkrankenkassen bleiben bestehen, trotz der vielerlei Auswüchse und volkswirtschaftlich schädigenden Tendenzen dieser Kassenrichtungen. Nur die Voraussetzungen zur Gründung einer Betriebs- oder Innungskrankenkasse sind etwas schärfer festgelegt. Die Zahl der Versicherten muß mindestens 500 betragen. Die Gemeindefrankenkassen werden aufgelöst — eine schon längst berechtigte Forderung — an deren Stelle sollen so- genannte Landfrankenkassen treten. Diese tragen jedoch fast den gleichen Charakter wie die Gemeindefrankenkassen. Die Existenz der gegenreichen freien Hilfskassen — nicht etwa der Schwindelfassen — wird auch die Reform sehr erschwert und ihnen zum Teil das Lebenslicht ausge- blasen.

Die gleiche negative Schlussfolgerung enthält auch der Teil der Versicherungsordnung, der sich auf die Unfall- versicherung bezieht. Auch hier nur Verbesserungen, nir- gends ein Fortschritt. Selbstverständlich — nach Ansicht der Regierung und Unternehmer — bleibt das Selbst- verwaltungsrecht der Berufsgenossenschaften unangefastet. Kein Versuch des Reichsamts des Innern, gegen den Stachel der Beschlüsse des Zentralverbandes deutscher In- dustrieller zu lösen. Unbedeutend ist die Ausdehnung der Versicherungspflicht. Nach wie vor bleibt ein Teil der kleinen Handwerksbetriebe unberücksichtigt, trotz der Tatsache der vielfachen Gefahren dieser Berufs- kategorie.

Der Begriff Erwerbsunfähigkeit hat eine für die Verletzten ungünstige Definition erhalten. Nach der Auslegung des neuen Entwurfs kann der Fall ein- treten, daß ein Unfallverletzter, welcher den Verlust eines Auges, einer Hand usw. zu beklagen hat, deshalb keine Rente mehr erhält, weil er den gleichen Lohn wie vor dem Unfälle verdient. Auf die verschiedenen Zufälle eines sol- chen Faktums, wie günstige Konjunktur, Guttat des Ar- beitgebers, Berufswechsel, braucht keinerlei Rücksicht mehr genommen werden. Eine weitere Verschlechterung be- deutet die Festsetzung von Renten bis zu 20 Proz. auf eine bestimmte Zeitdauer. Ebenso die Bestimmungen über das Ruhen der Rente. Kommt früher die Berufsgenossenschaft nur dann die Entschädigung zur Ein- stellung bringen, wenn der Bezugsberechtigte, ein länger als 2 Monate dauernde Freiheitsstrafe ver- büßt, so erlischt die Zahlungspflicht nach dem neuen Entwurf schon dann, wenn Arbeitsverdienst und Rente, das frühere, vor dem Unfall bezogene Lohnneinkommen übersteigt, oder — wenn der Verletzte, von der Berufs- genossenschaft angebotene Beschäftigung ausschlägt. Diese letzte Bestimmung ist nachgerade das Tollste des Entwurfs. Es ist das nicht mehr und weniger, als ein direkter Griff in die persönliche Freiheit des Staatsbürgers. Diese Tatsache allein muß schon genügen, um den ganzen Ent- wurf in den Drossen zu verankern.

Am weitgehendsten ist in der Reichsversicherungs- ordnung die Invalidenversicherung in Betracht gezogen. Auch hier zwar ein nur mäßiger Fortschritt, in Bezug auf die Versicherungspflicht. Neu hinzu kommt vor allem aber die sogenannte Zusatzversicherung so- wie die Witwen- und Waisenversicherung. Die erstere Art ist so gedacht, daß der Versicherte neben den jetzt bestehenden sogenannten Zusatzmarken zur Invalidenversicherung bleibt, wodurch seine eventuelle In- validenrente, um einen fixierten Betrag erhöht wird. Witwenrente erhalten die Witwen verstorbenen Ver- sichelter. Unleugbar ein sozialer Fortschritt rein prin- zipieller Natur. Der Pferdeschuh folgt jedoch auf dem Fuße. Die Witwenrente wird nur dann gezahlt, wenn die Witwe erwerbsunfähig im Sinne des Invalidenversiche- rungsgesetzes ist, das heißt, nicht mehr den dritten Teil des Lohnes verdienen kann, welcher ihr nach Berücksichtigung der in Betracht kommenden Verhältnisse zugemutet wird. An eine Altersgrenze ist die Gewährung der Witwenrente nicht gebunden, so wird der Fall eintreten, daß 70jährige Witwen des Genußes einer Rente verlustig gehen, weil sie — noch nicht am Verhungern sind. Was die Höhe der Entschädigung anlangt, so bewegt dieselbe sich in recht bescheidenen Grenzen. Nur 30 Prozent der Invaliden- rente des Verstorbenen, mit einem Reichszuschuß von jähr- lich 50 Mk. beträgt die Witwenrente. Wie sagt doch der Volksmund: „Zum Leben zu wenig, zum Sterben langts nicht.“ Nicht viel anders in grundsätzlicher Beziehung, sind die Bestimmungen, soweit die vorgesehene Waisen- unterstützung in Betracht kommt. Auch hier nur der äußerst bescheidene Versuch, den Versprechungen bei den Zollwucherdebatten vom Jahr 1902 — bekanntlich wurde dort erstmals die Witwen- und Waisenversicherung ange- kündigt — Rechnung zu tragen. Immerhin soll lobend anerkannt werden, daß im Prinzip wenigstens der Lösung dieser wichtig sozialen Frage näher getreten wurde und daß Deutschland tatsächlich wenigstens dieses einmal „in der Welt voran“ ist.

Wenn der Entwurf zur Reichsversicherungsordnung die berechtigten Wünsche der Arbeiter unberücksichtigt ge- lassen hat, wenn es möglich war, daß das Reichsamt des Innern dem Volke Verschlechterungen bieten konnte, so trägt hieran die Arbeiterkraft ein gut Teil selbst die Schuld. Und zwar deshalb, weil sie ihre Expansionskraft durch Organisationen verschiedenerlei Richtungen zer- splittert und nicht mit einheitlicher intensiver Wucht bei der Reichsregierung Sturm läuft. Hier können die Arbeiter vom Bund der Landwirte etwas lernen, deren agrarische Wünsche jederzeit gehört werden. Und warum? Weil unserer Junter es verstehen, sich Einfluß in den gesetz- gebenden Körperschaften zu verschaffen.

Möge die besprochene Vorlage ein Mittel sein, dem Arbeiter die Augen zu öffnen über Deutschlands preis- gekrönte Sozialpolitik. Wenn er sehen kann, wird und muß er wissen, was er zu tun hat. Mitarbeiten an allem, was die modernen Gewerkschaften sich zur Erfüllung ihrer Ideen als Ziel gesteckt haben.

Badische Chronik.

Durlach.

— **Bildungsverein junger Arbeiter und Arbeiterinnen.** Wir richten an die Parteigenossen und Gewerkschaftskollegen den Appell, ihre aus der Schule entlassenen Söhne und Töchter in die am Mittwoch Abend 8 Uhr im „Roten Löwen“ stattfin- dende öffentliche Jugendversammlung zu senden und auf das interessante Referat aufmerksam zu machen.

Rastatt.

Morgen findet die Wahl von 12 Bürgerausschuhmittglie- bern für die 3. Wählerklasse statt. Wahlzeit ist von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends, Wahllokal der kleine Rathausaal. Es ist so- mit jedem Arbeiter Gelegenheit gegeben, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen ohne Zeitversummisse oder Lohnverlust, und erwarten wir auch, daß jeder denkende Arbeiter seine Pflicht erfüllt, selbst zur Wahl geht und etwaige säumige Kol- legen auf die Bedeutung der Wahl aufmerksam macht und zur Wahl aufmuntert.

Die sozialdemokratische Partei hat mit der demokratischen Partei ein Abkommen getroffen, das beide Parteien gemäß ihrer Stärke berücksichtigt und ersuchen wir unsere Genossen und Parteifreunde, für ungeänderte Abgabe des Stimmzettels zu sorgen, denn jede Zersplitterung unserer Stimmen bringt nur unserem Gegner Vorteil. Darum muß die Sache über die Ver- son gestellt werden und dürfen kleinliche persönliche Meinungen und Meinungsverschiedenheiten keinen Anlaß zu Streichungen geben. Nur durch geschlossenes einiges Zusammenarbeiten kann ein Erfolg gegen unseren Gegner, der unter der Beize „Wir keinen Sozialdemokraten“, mit allen Mitteln arbeitet, uns von einer Vertretung im Bürgerausschuß fernzuhalten, errungen werden.

Wohl haben sich unsere Gegner, die Herren vom Zentrum und den Nationalliberalen, nicht offiziell verbündet, aber sie werden nach uns zugegangenen zuverlässigen Mitteilungen ihren alten Trick befolgen und möglichst die gleichen Kandidaten auf ihre Listen bringen. Das Zentrum wird mit einigen Mit- gliedern des kath. Gesellenvereins als Arbeitervertretern parodieren und auch die Liberalen werden einfach ungefragt ein paar Arbeiter auf ihre Liste setzen, aber durch gegenfeitiges Streichen werden es die beiden Parteien genau wie vor drei Jahren verstehen, auch diese nur zur Täuschung der Arbeiter- schaft aufgestellten Arbeiter vor dem Gewählwerden zu be- schützen.

Die Wählerschaft der 3. Klasse muß an diesen Manövern unserer Gegner erkennen, daß sie alles andere als eine wirkliche Vertretung ihrer Interessen von diesen Herren zu erwarten hat und kann deshalb jeder denkende Bürger und Arbeiter nur den Fettel der vereinigten Demokraten und Sozialdemokraten abgeben. Die von diesen Parteien aufgestellten Männer wissen, wo den kleinen Mann der Schuh drückt, sie haben selbst mit des Leibes Mühe und Not zu kämpfen und haben das ehrliche Ver- streben, ohne jede Rücksicht auf private Sonderwünsche, zum Wohle der Allgemeinheit ihre Kraft einzusetzen und tüchtig mit- zuarbeiten. Um aber mit Erfolg den Kampf gegen Volkswen- dummung und Interessenpolitik durchzuführen, ist es notwendig, daß jeder Wähler auf dem Posten ist.

Wir ersuchen unsere Genossen, die es irgend möglich machen können, sich der Partei zur Verfügung zu stellen, und bitten dieselben, sich heute Dienstag Abend spätestens 7 Uhr im Partel- lokal einzufinden wegen der Einteilung zur Wahlarbeit. Er- füllt jeder seine Pflicht, so winkt uns der Sieg. Darum auf zu Kampf und Sieg!

— Gestern Morgen ist aus dem Festungsgefängnis ein Militärsträfling entsprungen; er konnte bis jetzt noch nicht er- mittelt werden.

Baden-Baden.

— **Kuppel.** In geheimer Sitzung kam gestern vor der Karlsruher Strafkammer die Anklage gegen den 27 Jahre alten Tagelöhner August Kuppel aus Wiebelskirchen, wohnhaft in B.-Baden, wegen Kuppel zur Verhandlung. Das Gericht er- samte gegen den Angeeschuldigten auf 4 Monate Gefängnis, ab- züglich 4 Wochen Untersuchungshaft.

— **Ein Unverbesserlicher.** Vor einigen Wochen wurde der schon vielfach und erheblich vorbestrafte Tagelöhner Franz Kaver Frank aus Bimbuch aus dem Gefängnisse entlassen und schon kurz darnach stahl er wieder. Er entwendete aus der Wohnung seiner Stiefeltern in B.-Baden den Geldbetrag von 35 Mk., sowie einen Radmantel und ging damit flüchtig. Er wurde wenige Tage darnach schon festgenommen und gestern von der Karlsruher Strafkammer wegen Diebstahls im Rückfalle zu 6 Monaten Gefängnis, abzüglich 3 Wochen Untersuchungshaft, verurteilt.

Singen.

— **Die Bürgerausschuhwahlen** sind nun zu Ende und haben mit einem vollständigen Sieg des Zentrums geendet, nur in der 1. Klasse gelang es den Liberalen, ihren Stimmzettel durch- zubringen. Das Zentrum hat nun die Mehrheit auf dem Rath- haus und es wird sich zeigen müssen, ob und wie diese Mehrheit die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten imstande ist und wie nebenbei die gewählten Zentrumsarbeiter die Interessen der Arbeiterkraft wahren werden. Dazu wollen wir ihnen schon in aller nächster Zeit Gelegenheit geben; allzuviel Hoff- nungen knüpfen wir allerdings nicht daran. Mit dem Wahlausfall selbst können wir zufrieden sein.

... eine scharf- ... bezeichnet. ... htreformistischen ... sich der Beschäfti- ... ihm die Abstin- ... anarchoföderale ... als das Beso- ... bezu günstiger ... gen. Der Ber- ... nisch meint der ... tionalökonomie, ... abendunions ... dem Beschäfti- ... in Komitee soll ... tionsföderation ... Organisationen ... gegen die Sta-

... rnbach und ... trag anerkannt ... tere Wfchäfte ... können. Die ... n und David ... and der Steir- ... rigen Verhält- ... den im letzten ... ten.

... vom 18. März ... für die Winter- ... beschließen An- ... mber und Je- ... M. pro Lag. ... Bericht gefolgt ... eben dem mag ... des Einkom- ... ohne Heber- ... Regelung der ... Gebiet von ... Indirekt mer- ... Kreise einen ... Organisation ... der Erziehung ... r Gelegenheit ... der Bürger- ... Wirktion der ... ten Verträge ... Als bedeu- ... te Behörden ... gelfend zu ... waltung von ... über die Bes- ... abi Karl- ... inne die beste ... den Arbeits- ... stellten un- ... flich sein. ... tionsfrei- ... teiten bere-

... te unternom- ... worden, aber ... lich wichtige ... in Maulbrons ... andere in ... Ebersweienig ... Seit Jahren ... diesem Gebiet ... aufzuwerfen ... steinarbeiter ... t noch eine ... gebung aller ... auf wenige ... iße für die ... n den Beruf ... iße Brot zu ... ffigkeit mit ... gebiet unter ... ehr zu ver- ... den Stein ... diesem Be- ... diese Stek- ... ammlungs- ... der städti- ... er“. Diese ... erte, wo die ... s nicht zur ... g, daß die ... erhebliche ... gungen bei ... rung der ... außerhalb ... Bedeutung ... b, weil sie ... Vertretung ... erhaltung ... schaft aber ... badischen ... die besa- ... der Eisen- ... gelegenheit ... geworden. ... er Bergen- ... nicht. Die ... e. Dafür ... tsarbeiten ... der Hand ... n bewußt

war es doch das erste Mal, daß wir uns mit einer eigenen Liste und erst das zweite Mal, daß wir uns überhaupt an den Wahlen beteiligten. Wenn man dann noch in Betracht zieht, daß wegen der vielen Kartellen der Gemeindevahlordnung der größte Teil der Arbeiterschaft nicht wahlberechtigt ist, dann dürfen wir die 100 Stimmen, die auf unseren Wahlvorschlag entfielen, wohl für einen Achtungserfolg für uns in Anspruch nehmen, der uns dazu anspornen soll, die kommenden 3 Jahre zu eifriger Agitationsarbeit zu benutzen, damit wir das nächste Mal mit mehr Aussicht in den Wahlkampf treten, wie diesmal.

Vom Wahlkampf selbst war in der Öffentlichkeit wenig zu bemerken; desto mehr wurde im geheimen gearbeitet. Da war es das Zentrum, welches durch eine geradezu vorbildliche Hausagitation seinen Sieg vorbereitete. Im Gegensatz dazu herrschte im liberalen Lager vollständige Verwirrung und Unentschiedenheit. Einen von jener Seite angebotenen Kompromißvorschlag, bei welchem man uns gnädigst auch ein paar Sitze gestattet hätte, hatten wir abgelehnt, weil wir vor allen Dingen einmal unsere eigene Stärke kennen lernen wollten und dann aber auch, weil wir uns nicht der Gefahr aussetzen wollten, in ein Kompromiß aller möglichen Parteihattierungen mit einbezogen zu werden. Und der Verlauf der Wahl hat unsere Taktik voll und ganz gerechtfertigt: Da tauchte vor der Wahl noch eine freie Bürgervereinigung auf, die in einem Wahlauftritt erklärte, daß Parteipolitik nicht auf das Rathaus gehöre. Und nun erleben wir das ergötliche Schauspiel, daß die Vorstände des liberalen und des demokratischen Vereins den Mitgliedern und Freunden ihrer Parteien empfahlen, den Wahlzettel — der freien Bürgervereinigung abzugeben, weil dieser ihre Mitglieder auch berücksichtige. Nun weiß man nicht genau, hat die freie Bürgervereinigung mit ihrem Wahlauftritt nur gestunzt, oder sind Liberale und Demokraten keine politischen Parteien mehr?

Der verdiente Spott ist denn auch von Zentrumsseite aus nicht ausgeblieben.

Unter Volksschulern wird wieder einmal recht trefflich illustriert in unserem benachbarten Friedingen. Dort war nach langem Drängen der Gemeinde und des dortigen Hauptlehrers endlich einmal ein Unterlehrer angestellt worden. Jetzt ist derselbe nach kaum ein paarmonatlicher Tätigkeit unzulänglich wieder abberufen worden und der Hauptlehrer kann nun sehen, wie er allein mit 92 Schülern fertig wird. Daß unter solchen Umständen von einem geistlichen Unterricht keine Rede sein kann, liegt auf der Hand und in der Einwohnererschaft macht man denn auch Bemerkungen über den Oberschulrat, die für denselben nichts weniger als schmeichelhaft sind. Aber das ist nun schon so. Statt darauf bedacht zu sein, wie dem Lehrermangel möglichst rasch abgeholfen wird, verdröhelt der Oberschulrat seine Zeit mit der Disziplinierung solcher Lehrer, die die Öffentlichkeit auf die Mißstände in unserem Schulwesen aufmerksam machen.

Ullingen.

Konsumverein. Letzten Freitag tagte eine Gläubigerversammlung, welche beschloß, weitgehendste Stundung zu bewilligen. Die Schulden des Konsumvereins betragen zirka 80 000 Mk. Der Konsum kann vermieden werden, wenn die 900 Mitglieder ihren Bedarf nur im Konsumladen decken, aber letzteres war feilher nicht der Fall und namentlich von der „schwarzen Masse“, welche so begeistert für den Ausschluß der Sozialdemokraten eintrat.

Gemeinderatswahl. An Stelle des zurückgetretenen Gemeinderats Wehert, bekannt durch die Spitalwein-Affäre, wurde Bankdirektor Schleicher (lib.) gewählt. Uns wundert, daß das Zentrum von der Aufstellung eines Kandidaten Abstand nahm.

Heidesheim, 17. Mai. Dieser Tage machte eine Frau beim Raubscharen im Walde einen grauenhaften Fund. Sie stieß plötzlich bei der Arbeit an seinen harten Gegenstand und legte beim Aufheben zu ihrem Schrecken die Leiche eines etwa 8 bis 9 Jahre alten Mädchens bloß. Der Körper des Kindes war mit seinen eigenen Kleidern zugedeckt. Ob ein Verbrechen vorliegt, wird die gerichtliche Untersuchung ergeben.

Wannheim, 17. Mai. Grobe Ausschreitungen begannen 6 Wadsteinträger von hier bezw. Käferthal am Samstag Abend in der Wirtschaft zum „Redarschloß“, Max-Josefstraße Nr. 2 hier, indem sie einen der Gäste durch Schlagen mit Bierkrügen verletzten, mit Bierkrügen und Brettern warfen und einen Teil des Wirtschaftsmobiliars zertrümmerten. Verletzt wurden dabei zwei Männer von hier, von denen einer mehrere Revolverwunden im dem Tumult abgebehalten hatte, um die Hauptexzessanten abzuschrecken. Die 6 Wadsteinträger wurden im Lauf des gestrigen Tages verhaftet.

Zu der Nacht vom 16. auf 17. ds. Mts. nahm sich ein 38 Jahre alter verheirateter Schlosser in seiner Wohnung, Kleinfeldstraße Nr. 25, dadurch das Leben, daß er sich eine Stednadel in die Schläfe steckte.

Am 16. ds. Mts., abends, stieg die nur mit einem Hemd beklebete Ehefrau eines in der Riefeldstraße wohnenden Arbeiters nach vorausgegangenen Wortfreitigkeiten mit ihrem Gemahle, um Mißhandlungen desselben zu entgehen, zu einem Fenster ihrer Wohnung hinaus und stellte sich auf einen zirka 1-Meter tiefer liegenden Hausvorsprung. Es entstand hierdurch ein größerer Menschenzusammenlauf. Einer der Hausbewohner brachte die Frau wieder in ihre Wohnung zurück.

Zum Brand der mech. Weberei in Zell.

Es sind 720 Webstühle verbrannt. Durch Einrichtung eines Tag- und Nachtbetriebs hofft man, wenigstens einen Teil der 500 Köpfe zählenden Arbeiterschaft weiter beschäftigen zu können. Die Fabrikbetriebe in Rohmatt und Göttingen erleiden keine Betriebsstörung. Die Ursache des Feuers konnte noch nicht festgestellt werden. Der Brand brach im Speicher aus, wo alte gestrickte Maschinenteile lagen. Die Weberei ist ein Aktienunternehmen und umfaßt etwa 1300 Webstühle. Sie ist mit 2 Millionen gegen Brandschaden versichert.

Aus Freiburg.

Freiburg, 18. Mai.

Eine Kritik in der Bürgervereinigung.

Am Freitag fand die Generalversammlung der Bürgervereinigung statt. Bei dem Punkt Vorstandswahl kam es zu scharfen Auseinandersetzungen. Die Herren Mez, Löwenal hatten mit einigen Freunden den Sturz des bisherigen Vorsitzenden vorbereitet. Es ist so etwas wie konservativ-meritale

Opposition, welche sich innerhalb der Vereinigung geltend machte. Daß es zum Strach kommen würde, ja sogar dazu kommen mußte, das konnte man schon bei der Vorschlagsberatung bemerken. Herr Mez nahm seinen Platz bei den angehenden und wirklichen Geheim- und Kommerzienräten und stimmte bei den einzelnen Anträgen auch mit diesen. Einige andere nahmen entsprechend ihrer Gesinnung in der Nähe des Zentrums Platz und marschierten mit diesem geschlossen gegen den Fortschritt. Wenige Wochen vorher hatte die Bürgervereinigung geschlossen für die Kernmittelfreiheit gestimmt, bei den Vorschlagsberatungen stimmten trotz der Bemühungen des Herrn Mez nur noch wenige Mitglieder dafür. Nicht einmal für den von der Bürgervereinigung gestellten Antrag auf Anstellung eines Schularztes stimmten alle Mitglieder. Die „Volkzeitung“ feiert in überschwänglichen Worten den Sieg „ihres bewährten Führers“. Nach dem Stimmenergebnis hat die bisherige Leitung auch glänzend gestiftet. Die Oppositionsliste erhielt 8 bis 11 Stimmen und die bisherigen Vorstandsmitglieder 75 bis 81. Die Oppositionellen verließen nach der Wahl das Lokal. Somit ist der erste Stein abgedrückt.

Der Klassenkampf

drängt sich auch dem Friedfertigen auf. Vor etwa 2 Jahren hat Schreiber dieser Zeilen einer Versammlung von Freisourgehilfen angeordnet, in welcher die große Mehrheit der Gehilfen darüber spottete, daß der Referent die Meinung vertrat, auch die Freisourgehilfen müßten sich zu einer Kampforganisation zusammenschließen. Jetzt ist im hiesigen „Tagblatt“ zu lesen, daß die Gehilfen am Freitag, den 28. Mai, in Austerland treten wollen, weil ihnen die Forderung, um 8 Uhr die Geschäfte zu schließen, nicht bewilligt wurde.

Was sich die Zentrumspresse ihren Lesern gegenüber erlauben kann,

das beweist die „Freiburger Tagespost“ in Nr. 110 vom letzten Montag. Unter der Ueberschrift: „Vor der Entscheidung“ bringt sie einen Artikel, in welchem sie Bezug nimmt auf den Besuch des Fürsten Wilhelms beim Kaiser. In recht höhnischer Weise schildert sie dann die lägliche Situation, in welcher sich der Reichskanzler befindet. Dann schreibt das Zentrumsblatt mitleidlich:

„Wilow hat recht, wenn er am Bloß festhält. Es mag ja plausibel erscheinen, wenn gesagt wird, er wolle es mit einer Mehrheit des Zentrums und der Konservativen versuchen. Aber an eine solche Mehrheit glauben doch nur ganz unerfahrene Leute. Es wäre ja doch die kompromittierte Einsicht, wenn Wilow sich einbilden wollte, das Zentrum mache seine Politik aus andern, als aus sachlichen Gründen, etwa aus dem Verlangen nach der Rückkehr in eine maßgebende Stellung. Derartige Motive gibt es für das Zentrum nicht. Das Zentrum läßt sich lediglich von sachlichen Motiven leiten. Es hat den dringenden Wunsch, das Reich aus dieser Katastrophe herauszureißen.“

Aber das Zentrum ist nicht gesonnen, dem Kanzler zu helfen, 400 Millionen indirekter Steuern unter Dach und Fach zu bringen, ohne daß der berechnigte Ausgleich durch direkte Steuern auf den Weg gebracht würde. Woher aber Wilow den Ausgleich nehmen wird, nachdem er neulich den ganzen Vorschlag des Zentrums zurückgewiesen hat?

So schreibt ein Zentrumsblatt. Daß die Zentrumspartei von sich behauptet, sie ließe sich nur von sachlichen Motiven leiten, ist ja begreiflich, aber wahrer wird es doch nicht, auch wenn es von der „Tagespost“ noch einmal behauptet wird. Alle politisch denkenden Menschen sind sich darüber klar, daß das Zentrum ganz bewußt nach der Wiedererlangung seiner früheren Machtposition strebt. Das Zentrum wäre sogar bereit, die reaktionären Mehrheiten in den Landtagen schon gefogt. Der Schwerpunkt dieses Artikels liegt aber darin, daß am Schluß behauptet wird, daß das Zentrum dem Reichskanzler keine Finanzreform bewilligen werde, bei der nicht ein gerechter Ausgleich zwischen indirekten und direkten Steuern geschaffen sei. Das heißt doch die Verdröhung der Tatsachen und die politische Heuchelei auf die Spitze getrieben. In Wirklichkeit geht das Bestreben der Zentrumspartei in Gemeinschaft mit den konservativen Junkern dahin, den Reichskanzler zu stützen, weil er es wagte, eine Besitzsteuer vorzuschlagen, und die ganze Mitarbeit der Zentrumspartei an der Finanzreform hatte keinen anderen Zweck, als jede Besitzsteuer zu hintertreiben.

Wenn man so liebt, wie die Zentrumspresse ihren Lesern das Gegenteil von dem vorlägt, was die Partei im Reichstag tut, dann weiß man auch, warum man seinen Gläubigen jede andere Zeitung verbietet. Solche Leistungen muß man sich aber merken, um sie in das richtige Licht zu rücken. Diese Heucheleien müssen bei jeder Gelegenheit festgenagelt werden.

Gedächtnisschwäche eines „Christlichen“.

In Sachen des Arbeitersekretärs C. Damm gegen Karl Heer, Buchbinder, Gauleiter des christlich-graphischen Verbandes, bringt Heer in Nr. 10 der „Graphischen Stimmen“ eine Notiz, die einer Verichtigung bedarf, da der Notizschreiber offenbar an Gedächtnisschwäche leidet. Nachdem derselbe den Sachverhalt, wie er im „Volkstrem“ und in der „Buchbinderzeitung“ stand, dargelegt, versucht er eine nähere Klarstellung zu geben, die dem Konfusionsrat Meer recht ähnlich sieht. Einen Beweis, daß ich Streifbinder bin oder war, konnte der christliche Renommierheld nicht erbringen. Es ist eine Lüge, daß ich einen Streifbruch zugefunden habe. Auf Aufforderung des Bürgermeisters legte ich die Geschehnisse vor 9 Jahren dar, die zu der falschen Annahme des Streifbruchs führten. Nachdem dieses geschehen, frag ich Heer, ob er meine Handlung einen Streifbruch nennen könne? Worauf die Antwort erfolgte: Nein! Weiter erklärte er: Wenn er den Sachverhalt früher gekannt hätte, würde er den beleidigenden Ausdruck nicht gebraucht haben, in Zukunft würde er dieses nicht mehr tun. Weiter frag ich Heer, der langjähriger Vorsitzender der Buchbindertraktantenliste ist, ob er mir als 35jähriger Krankentraktantentour etwas nachsagen könne? Antwort: Nein!

Ich berufe mich auf den Vorsitzenden des Sühnengerichts, der meine Ausführungen bestätigten muß. Ich habe mich lange

bejonnen, ehe ich einem Vergleich zustimmte, denn Heer hatte keine Beweise und ihm lag es ob, die Beweise zu erbringen. Ich behaupte heute lebhaft, einem Vergleich zugestimmt zu haben. Einstweilen dieser zur Steuer der Wahrheit! C. Damm.

Studentische Unterrichtskurse für Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte. Jeden Montag, abends halb 9 Uhr, findet im alkoholfreien Restaurant („Goldener Apfel“, Kaiserstraße) ein Unterrichtskurs über Arbeiterversicherung statt. Die Teilnahme an dem ganzen Kurs kostet 50 Pf.

Die Ausharmung der Wasserkräfte. Die Direktion des Freiburger Elektrizitätswerkes hat dem Stadtrat das von Ingenieur Heene-Röschlin vollständig ausgearbeitete Projekt über die Erstellung eines Rheinstraßwerkes bei Breisach vorgelegt. Der Stadtrat hat beschlossen, nunmehr bei der Staatsregierung um die Konzession für das Werk nachzusuchen. Es ist dies ein wichtiger Schritt nach vorwärts, der Bewirkung des großen Werkes entgegen. Hoffen wir, daß die andern Schritte bald folgen.

Mitteilungen aus der Stadtratssitzung. In der Vorschlagsberatung wurde gewünscht, daß mit Rücksicht auf die Durchführung der Straßenbahn in der Friedrichstraße das Trottoir nicht allzu sehr geschmälert wird. Dem Wunsche kann der Stadtrat nicht Rechnung tragen, weil dann auf der Nordseite die Räume auch beseitigt werden müßten. — Eine Untersuchung des Trinkwassers hat ergeben, daß dasselbe gesundheitlich sehr gut sei, besonders das Wasser aus der Hauptleitung. — Der Oberschulrat hat dem Antrage des Stadtrates, den eingemieteten Vorort Wehenhausen von dem Schulverband Lehen mit Wirkung vom 1. September loszutrennen, zugestimmt.

Verurteilung Milchpantfischer. Wegen Milchfälschung wurden verurteilt: Die Ehefrau des Lorenz Kienzle von Kircharten mit 25 Mk. event. 5 Tage Gefängnis, die Ehefrau des Damian Schlegel in Kaiser mit 30 Mk. bezw. 6 Tage Gefängnis, die Witwe Föhrenbach von Nittenbach mit 30 Mk. bezw. 6 Tage Gefängnis, der Landwirt Hermann Schuber von Jestingen mit 10 Mk. bezw. 2 Tage Gefängnis, der Landwirt Paul Kästli in Falkenstein mit 5 Mk. bezw. 1 Tag Gefängnis, der Landwirt Paul Willmann in Bietler mit 10 Mk. bezw. 2 Tage Gefängnis.

Neues vom Tage.

Zum Eisenbahnunglück in Herlisheim

Schrieb der Berichterstatter unseres Stadtbürger Parteiorgans aus Colmar: Am Donnerstag Abend lag ich in meiner Wohnung am Fenster und genoß die friedliche Abendruhe. Es war kühl, der bedeckte Himmel läßt vermuten, daß die Nacht vorübergeht, ohne die Schrecken des Eisheiligen Geratius. Dies denkend will ich meine Fenster schließen, da plötzlich ertönt sich im Süden der Himmel, eine Feuerfäule steigt bis zu 30 Meter hoch, alles bleibt still, der heftige Nordwind läßt keinen Ton nach Colmar kommen. Ich vermute einen Brand in Gählsheim oder Herlisheim und frage den häufig daherkommenden Telegraphenboten darnach, der kurz ruft: „Eisenbahnunglück bei Herlisheim“. Sofort besteige ich mein Rad und rase durch die finstere Nacht, immer schneller, vor mir sehe ich Feuer. Bei Gählsheim überholt mich ein Automobil aus Colmar, welches fünf Colmarer Kerzte mit Verbandsmaterial auf die Unfallstätte bringt. Unheimlich schnell rast es dahin. Vom Statistiker Rudolf bietet sich an, ich hätte inzwischen einen Begleiter gefunden, ein schauerliches, schreckliches Bild. Zirka 500 Meter südlich der Station Herlisheim stehen zwei Züge in hellen Flammen. Einzelne Passagiere flüchten, mangelhaft bekleidet und der Kälte nicht achtend, vertwirrt hin und her, bis sie von andern zurückgeführt werden an den Hilfszug. An der Brandstätte arbeiten Kerzte, sie verbinden die leicht Verwundeten, verpacken und stärken stöhnende Schwerverletzte. Zu ihrem Werke leuchtet ihnen das überhausbohe Feuer. Zwei „Sanitätler“, wie ich nachher erfahre, Schutzleute aus Colmar, räumen in die Flammen hinein. Sie hatten einen menschlichen Körper erlöset, den sie noch retten wollen. Ihr Mut wird leider nicht belohnt, denn, was sie aus wauender Blut hervorbringen, ist die Leiche des Heizers des Personenzuges. Dem Manne fehlt die Hirnschale, zwei oder drei tiefe Löcher in der Brust mögen sein Ende beschleunigt haben. Er wird nach Colmar ins Spital verbracht. Durch die Blutsuche ist auf das östliche Gleise an den brennenden D-Zug zu gelangen. Es ist unmöglich, Sige, Feuer, jeder Qualm gestatten kein Durchkommen. Ich gehe mich zurück und laß mir von einem Wahnbeamten den bereits bekannten Dergang des Unglücks erzählen.

Mittelsweile hat sich der Himmel ertellt, die ersten Strahlen der neuen Sonne beleuchten Ruinen, Trümmer und Leichen. Der Postbeamte des D-Zuges ist völlig verbrannt und bildet einen einzigen schwarz-braunen Klumpen, aus dem hier und da ein ausgeglühter Knochen ragt. Der Heizer des D-Zuges stürzte sich auf das Fenster und schaute hinaus, als das Unglück geschah. In dieser Stellung ertönte ihn der Tod.

Der Materialschaden läßt sich noch gar nicht übersehen. Die Lokomotive des D-Zuges liegt verborgen und verlohnt im Sumpfe, Schwere Eisenträger und Achsen sind wie Streichhölzer geknickt, wie Draht verbogen und zerföhmolzen. Der erste Schlafwagen liegt auf einer Seite, teilweise von schwarzem Sumpfwasser bedeckt. Die Seitentände sind zerbrochen und zum Schuttberge gequert. Holz, Betten, Polsterung sind fast spurlos verschwunden und schwimmen als kleine Nischenstücke auf dem trüben Sumpfwasser. Nur die Matratzenfedern, die vergräbt in Massen umherliegen, verraten, daß die starken Eisenstützen die Trümmer eines stolzen Schlafwagens sind. Der Postwagen konnte, obwohl brennend, ausgeräumt werden. Möglicherweise liegt weit feillich vom Gleise zerstreut. Ich sehe eine Nummertafel eines D-Zugabteils allein liegen. Noch zeigt die Tafel die fünf belegten und die drei freien Plätze an. Dahinter liegen Akkumulatoren der elektrischen Zugbatterie. Natürlich sind auch sie vergräbt. Ein Glasloß von der Größe eines Kinderkopfes, der unter einem gerackelten Wagen liegt, beweist, daß hier einige Fensterheben zerföhmolzen sind.

Blutige Eiferstüßzene.

Breslau, 17. Mai. Am Sonntag Abend spielte sich auf dem diese Zeit sehr beliebten Schweidnitzer Stadtraben eine blutige Eiferstüßzene ab. Vor dem Café Kaisertrone schoß der Kaufmann Gräzer, Mitinhaber eines großen Wap- und Warenengeschäfts, auf ein junges Mädchen, das längere Zeit in seinem Geschäft tätig war und mit ihm ein Liebesverhältnis unterhalten hatte, in dem Augenblick, als das Mädchen einem reisenden das Café betreten wollte. Die Angel eines einem zufällig vorübergehenden Manne durch den Kragen seines Ueberziehers und verlegte das Mädchen nur leicht. Dann drang

Seite 7. der Täter der Beobachtet feuerte ein wunde. Kraft, D. Frankloging einen in der Nähe. Darauf ertönte städtische waren goge. dem gwei in der Metro. Aspirant f. Der Rettung. Halb. Neue, Hofmeister ten, im W. Säden gub Folge; die. Anstalt über in all. fallen 80 000. Die A. Unter I. der Friedric. und einer P. Kaufhaus. maschinen 2. 500 000 Mk. lung, der B. namentlich i. weilen alle. bungen und. löst. Das. sie beschien. lung und di. Paris, 1. falls einen. werden nam. der Wörber. H. ff. gezier. H. Der verhafte. der Unterstud. präsen. London. Sozial in Co. stüssen Schla. Radfahenden. nach den Fen. menden davor. Subapost. überer. Engl. Hochregen in. 14 Arbeit. Personen ert. Acht. Morgen N. Co. eine Ra. Willi wir. Erscheinst. erscheinen, d. betr. Angeleg. wird von den. Abend fand i. gut fehlte. N. lieft einen. über Währu. Meherat knüp. Die Genossen. Organisations. hergegangen. eine erfreulich. den ihnen ge. wieder einige. gemacht. Die gester. Gehaltener. war gut bejud. des Referat ill. der sich anschli. Links un. langwachlen. welches für di. nicht wurden. und M. h. r. i. Gensmaterial. fremd. - Donn. massen wieder. Aus. Der Oberbi. Geschulrats, S.

der Täter mit einem Messer auf das Mädchen ein, nachdem ihm der Revolver von Passanten entwunden worden war. Als er verhaftet werden sollte, zog er einen zweiten Revolver und feuerte einen Schuß auf sich ab, der ihn am Hinterkopf verwundete. Schwere Verletzung wurde er nach dem Krankenhaus gebracht. Das Mädchen wurde im Cafe verbunden.

Liebesaffäre.

Frankfurt a. M., 17. Mai. Gestern Vormittag gegen 7 Uhr beging der 21 Jahre alte Leinwäber Karl Vinderaud von hier einen Mordversuch an seiner Braut Käthe Kisser, indem er ihr in der Nähe der Unterschweinstiege eine Kugel in den Kopf schoß. Daraus erschloß er sich selbst. Das Mädchen wurde schwer verletzt ins städtische Krankenhaus geschafft. Die Eltern des Mädchens waren gegen eine Heirat mit dem jungen Manne.

Ein Unglücksfall.

dem zwei Menschen zum Opfer gefallen sind, ereignete sich auf dem Flotten-Flaggschiff Deutschland in der Nähe von Vorkum. Ein Matrose war über Bord gefallen und ein Ingenieur-Spizant setzte ihn nach, um ihn den Wellen zu entreißen. Der Rettungsversuch schlug fehl und beide ertranken.

Galt verhungert bei 60 000 M. Vermögen.

Neue, 13. Mai. In dem Orte Heu bei Mebe lebten vier Geschwister zusammen, die ein ungemein dürftiges Leben führten, im Winter nicht heizten und sich nachts mit Lumpen und Stroh deckten. Kürzlich starben drei der Söhne in rascher Folge; die zurückgebliebene irrsinnige Schwester wurde einer Anstalt übergeben. Bei der amtlichen Inventur fand man in allerlei Verstecken sehr erhebliche Beträge. Im ganzen sollen 60 000 M. gefunden worden sein.

Die Wrightsche Flugmaschine für Deutschland gefordert.

Unter Mitwirkung der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, der Friedrich Krupp A.-G., des Hugo Stinnes-Mühlheim-Konzerns und einer Anzahl anderer industrieller Gesellschaften und des Reichshauses Delbrück, Leo u. Cie. wurde in Berlin die „Flugmaschinen Wright G. m. b. H.“ mit einem Stammkapital von 500 000 M. gegründet. Zweck der Gesellschaft ist die Herstellung, der Vertrieb und die Verwendung von Flugmaschinen, namentlich Wrightschen Systems. Die Herren Wright überweisen alle sich auf ihre Flugmaschinen erfindenden Erfindungen und Rechte für die nächsten 15 Jahre an die Gesellschaft. Das Betriebsgebiet der Gesellschaft ist Deutschland und die deutschen Kolonien, Schweden, Norwegen, Dänemark, Lügern und die Türkei.

Zur Affäre Steinheil.

Paris, 17. Mai. Die Polizei verhaftete gestern in Versailles einen Einbrecher, der erklärte, auf Rechnung seines Namens namens Dardiver gearbeitet zu haben. Dieser sei auch der Mörder des Malers Steinheil. Dardiver soll den Mord mit Hilfe zweier Freunde und einer Frauensperson begangen haben. Der verhaftete Einbrecher machte so detaillierte Angaben, daß der Untersuchungsrichter beschloß, diese auf ihre Richtigkeit zu prüfen.

Feuer in einem Hotel.

London, 17. Mai. Gestern Nacht brannte das Bohurrian-Hotel in Cornwall ab. Das Feuer überraschte die Gäste im tiefsten Schlaf. Viele konnten sich nur mit knapper Not in ihren Nachbarn retten. Viele Personen erlitten durch Sprung aus den Fenstern schwere Verletzungen, andere trugen Brandwunden davon.

Sudapest, 18. Mai. 11 Personen ertranken. Ein schwerer Unglücksfall hat sich auf dem Fluß Mieresch bei Sächsisch-Bergun gezeichnet. Eine Fähre, auf der sich 14 Arbeiter befanden, war led geworden und sank. Elf Personen ertranken.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 18. Mai.

Achtung, Parteigenossen der Weistadt! Morgen Mittag findet im „Wirttemberger Hof“ eine Parteiverammlung statt. Unser Kandidat Gen. Billi wird einen aktuellen Vortrag halten. Es ist verpflichtend jedes einzelnen, in dieser Versammlung zu erscheinen, da noch andere wichtige, die Landtagswahlen betreffende Angelegenheiten zu erledigen sind.

Die Landtagswahl-Agitation

wird von den Bezirksoberleuten eifrig betrieben. Gestern Abend fand in der Südstadt im „Prinz Ludwig“ eine sehr gut besuchte Bezirksversammlung statt. Genosse Küderer hielt einen instruktiven und sehr interessanten Vortrag über Währungsfragen. An das beifällig aufgenommene Referat knüpfte sich eine kurze, aber lehrreiche Diskussion. Die Genossen Sauer und Kolb besprachen kurz die Organisations- und Agitationsfragen. Wie in den vorhergegangenen Versammlungen, so zeigte sich auch gestern eine erfreuliche Opferwilligkeit der Genossen, die sich gerne an ihnen gestellten Aufgaben unterziehen. Es wurden wieder einige Aufnahmen in den Sozialdemokr. Verein gemacht.

Mit- und Offizier.

Die gestern Abend in der Restauration Rutschmann gehaltenen Versammlung des 41. Landtagswahlkreises war gut besucht. Gen. A. B. E. hielt ein kurzes, einleitendes Referat über die bevorstehenden Landtagswahlen. An der sich anschließenden Diskussion beteiligten sich die Gen. Links und Argast. Alsdann fanden die Ergänzungswahlen in das Wahlkomitee des 41. Landtagswahlkreises für die kommenden Landtagswahlen statt. Gen. M. S. h. r. l. e. i. n. Das zur Verfügung stehende Agitationsmaterial zur Gewinnung von Mitglieder und Volksfreund-Monumenten wurde von den anwesenden Parteigenossen wieder in größerem Maße in Empfang genommen.

Aus der Stadtrats-Sitzung

vom 14. Mai 1909.

Der Oberbürgermeister hat dem Direktor des Großherzoglichen Schulrats, Herrn Geh. Rat Dr. v. Saffwirth, der am 7. ds.

Mis. das 70. Lebensjahr vollendete, namens der Stadtverwaltung die herzlichsten Glückwünsche dargebracht.

Wegen Gewinnung von Entwürfen zur Errichtung eines Denkmals für den früheren Oberbürgermeister Karl Schneyler auf dem Plakze Ecke der Kriegstraße und Weierheimer Allee vor dem Mosefischen Garten wird ein Preisausgeschrieben unter den hiesigen Künstlern erlassen. Die Kosten des Denkmals einschließlich des Unterbaues und der Aufstellung sollen den Betrag von 15 000 M. nicht übersteigen. Die Entwürfe sind spätestens bis zum 15. Oktober ds. Js. an das städtische Hochbauamt einzusenden. Für die 3 besten Entwürfe sind Preise von 500, 300 und 200 M. ausgesetzt. Das Preisgericht soll von einer Kommission gebildet werden, die als „Juryskommission“ auch sonst dem Stadtrat bei der Entscheidung von Fragen, die das Gebiet der Kunst betreffen, mit ihrem gutachtlichen Rat zur Seite steht. Die Veröffentlichung der Namen der Mitglieder des Preisgerichts wird auf Einfunst der Annahmeerklärung der beteiligten Herren gesehen.

Die Entwürfe von allgemeinen Grundrissen über den Beizug der Eigentümer von Grundstücken zu den Straßeneinfahrten nach § 22 des Ortsstrahengegesetzes, sowie je eines allgemeinen Gemeindebeschlusses über den Beizug der Grundeigentümer zu den Kosten der unterirdischen Abzugskanäle gemäß § 23 des Ortsstrahengegesetzes und über die Herstellung und Unterhaltung der Schwege, Rinnen u. dergl. nach § 24 des Ortsstrahengegesetzes werden gutgeheißen und dem Bürgerausschuß zur Zustimmung unterbreitet.

Im Schultraubebau der Gutenberg-Schule, Kaiser-Allee 55, wurden während des Neubaus des Mühlburger Volksschulhauses an den Mittwoch- und Samstag-Nachmittagen auch Volksschüler (an Männer und Frauen) abgegeben. Da von dieser Einrichtung starker Gebrauch gemacht wurde, beschloß der Stadtrat, sie bis auf weiteres beizubehalten.

Wegen Besetzung von 11 Hauptlehrer- und 3 Hauptlehrerinnenstellen an der städtischen Volksschule wird dem Oberschulrat Vorlage erstattet.

Gegen ein Baugesuch — Neubau zweier Wohnhäuser Vorholzstraße 86/40 — werden keine Einwendungen erhoben.

Der Abteilung Karlsruhe des Deutschen Frauenvereins für Krankenpflege in den Kolonien wird die Abhaltung eines Wohltätigkeitsfestes im Stadtpark oder in der Festhalle Samstag, 12. Juni ds. Js., abends unter gewissen Bedingungen gestattet.

Der große Festhallsaal wird der städtischen Gewerbeschule auf Sonntag, 1. August, ds. Js., vormittags 11 Uhr, zur Veranstaltung einer Feier aus Anlaß des 75jährigen Bestehens der Anstalt und zur Feier des Geburtstages des Großherzogs zur Verfügung gestellt. In der darauf folgenden Woche veranstaltet die Gewerbeschule eine Ausstellung von Schülerarbeiten, wozu der kleine Festhallsaal abgegeben wird.

Freier Eintritt in den Stadtpark wird bewilligt: den Teilnehmern an dem 2. Verbandstage des Fabrikanten- und Meisterverbandes der Möbel- und Bauwerkzeuereien Badens für den 28. Mai ds. Js., den Teilnehmern an der diesjährigen Generalversammlung des Vereins badischer Steuerbeamter und Steuerbeamter-Assistenten für den 20. Mai ds. Js.

Genickstarre in der Kaserne des Telegraphen-Bataillons.

Eine allarmierende Nachricht bringt die „Bad. Korrespondenz“: „Wie man hört, ist in der Kaserne des hiesigen Telegraphenbataillons Nr. 4 die Genickstarre ausgebrochen. Da von militärischer Seite über die Angelegenheit strengstes Stillschweigen beobachtet wird, war es nicht möglich, über die Zahl der Erkrankten usw. Näheres in Erfahrung zu bringen.“

Wir meinen, in diesem Punkte ist „strengstes Stillschweigen“ nicht angebracht. Die Karlsruher Bevölkerung hat ein Recht, zu wissen, wie es mit der gefährlichen Krankheit der Genickstarre in einer Karlsruher Kaserne bestellt ist. Die Genickstarre verbreitet sich leicht und rasch. Vorbeugende Maßregeln können aber nicht getroffen werden, wenn sich die Militärbehörden in „strengstes Stillschweigen“ hüllen.

Unterhaltungabend der hier wohnenden Russen.

Die hier anässigen Russen veranstalteten am Samstag Abend einen Familienabend, welcher sehr anregend und gemütlich verlief. Der Familienabend wurde mit einem der Bedeutung des Abtages entsprechenden Festrede, in welcher der Referent die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Kaiserreiches einer Kritik unterzog, eingeleitet. Einige von dem Gesangsverein „Bassalla“ gut zu Gehör gebrachte Lieder wendelten mit künstlerisch vorgetragenen Violin- und Klavierstücken ab. Ein kleines Kästchen hielt die Teilnehmer an diesem Familienabend bis in die frühen Morgenstunden in frohlicher Stimmung beisammen.

Die Ärzte und die Reichsversicherungsordnung.

Der ärztliche Kreisverein Karlsruhe, dem 183 im Kreise Karlsruhe praktizierende — das sind bis auf verschwindende Ausnahmen sämtliche — Ärzte angehören, hat lt. „Bad. Presse“ in der Generalversammlung am 14. Mai angefaßt des Entwurfs einer Reichsversicherungsordnung einstimmig folgende Resolution gefaßt: „Die Generalversammlung des ärztlichen Kreisvereins Karlsruhe bedauert lebhaft, daß die seit vielen Jahren von der deutschen Ärzteschaft bezüglich einer gesetzlichen Regelung in dem Entwurfe einer R.-V.-O. erhobene Forderungen wiederum nicht berücksichtigt worden sind und protestiert auf das entschiedenste gegen die in dem Entwurfe deutlich ausgesprochene Absicht, bei der vertragsmäßigen Regelung dieser Beziehungen die ärztliche Standesorganisation auszuscheiden, sowie gegen die durch die Einföhrung obligatorischer nicht paritätischer Schiedsinstanzen tatsächlich bedingte Aufhebung der Vertrags- und Berufsfreiheit des ärztlichen Standes. Da die organisierte Ärzteschaft gezwungen und entschlossen ist, die Durchführung eines derartigen Ausnahmegesetzes mit allen erlaubten Mitteln zu verhindern, so wird dieses Gesetz, statt den von der gesamten Ärzteschaft aufrichtig gewünschten Frieden zu fördern, zwischen ihr und den Krankenkassen erbitterte Kämpfe auch überall da hervorrufen, wo bis jetzt das beste Einvernehmen unter beiden Teilen geherrscht hat.“

Gegenüber den Bestimmungen des Entwurfs hält die Generalversammlung des ärztlichen Kreisvereins Karlsruhe an der Forderung rein paritätischer, bezüglich aller Verhandlungen über neu abzuschließende Verträge aller fakultativer Schiedsgerichte, sowie der ausdrücklichen Anerkennung der Vertragsfähigkeit der ärztlichen Organisation unverbrüchlich und einmütig fest.“

Uns scheint die scharfe Stellungnahme der Ärzte zu dem neuen Gesetzesentwurf nicht begründet zu sein. Ihre Rechte sind viel besser gewahrt, wie die der Versicherten. Aber auf die Betonung dieses Standpunktes hat man jedenfalls keinen Wert gelegt.

* Das Lust- und Sonnenbad des Naturheilvereins war am verfloffenen Sonntag in der Herrenabteilung von 180—200, in der Damenabteilung von 100—130 Badenden besucht, ein Beweis, wie die gesundheitsliche Wirkung des Sonnenbades hoch eingeschätzt wird.

* Arbeiter-Diskussionsklub Karlsruhe. Am Dienstag, den 18. Mai, abends halb 9 Uhr, beginnt im Gemeindehaus der Weistadt die Reihe der Sommervorträge. Wie im vorigen Jahre, so soll auch diesmal eine Unterbrechung der regelmäßigen Diskussionsabende während der Sommermonate vermieden werden. Den ersten Vortrag wird der hiesige Professor der Pflanzwissenschaft, Dr. Hans Hausrat, halten und zwar über das Thema: „Der deutsche Wald“. Eintritt für Mitglieder frei; für Nichtmitglieder aus dem Arbeiterstande 10 Pf., für Sonstige 30 Pf.

* Die Ortsgruppe des Bundes der technisch-industriellen Beamten veranstaltet für die Studierenden an den hiesigen technischen Lehranstalten am Dienstag, 18. ds. Mts., abends halb 9 Uhr, im Saale 3 der Brauerei Schrempf, Waldstraße, einen öffentlichen Vortrag, in welchem Herr Ingenieur Flügge aus Stuttgart über das Thema: „Die studierende technische Jugend und die sozialen Probleme unserer Zeit“ sprechen wird. Wir machen auch an dieser Stelle auf die Veranstaltung besonders aufmerksam.

Radsport. Das am Donnerstag stattfindende Große Dauerrennen, betitelt „Goldenes Rad von Karlsruhe“, hat eine Besetzung gefunden, wie sie besser nicht gewünscht werden kann. In erster Linie wollen wir den Europameister Arthur Stellbrink nennen. Derselbe hat durch seine vorzüglichen und diesjährigen Sieg bewiesen, daß er mit Recht der beste und schnellste Rennfahrer der Welt genannt werden darf. Als ein fast ebenbürtiger Gegner wurde Curt Rosenlöcher-Dresden verpflichtet. Derselbe konnte sogar die von Stellbrink aufgestellten Rekorde auf hiesiger Bahn noch um einige Sekunden verbessern und ist Inhaber des Stundenrekords (68 Kilometer). Als Dritter wurde der badische Meisterfahrer Friedrich Nagel-Mannloch zugelassen. Daß derselbe fahren kann, bewies er im vorigen Jahr in der Meisterschaft von Baden, wo er 50 Kilometer in 44 Minuten 29 Sekunden zurücklegte, eine Zeit, die der Rosenlöcherischen nur um 3 Sekunden nachsteht. Zur Vervollständigung des Programms hat die Direktion noch 3 Flieger-Mennen eingesetzt, zu welchen auch der hier sehr beliebte Ludwigshafener Zul. Bettinger sich gemeldet hat.

Die freie Turnerschaft veranstaltete am Sonntag, 9. ds., ein Schauturnen in der Turnhalle der Gutenberg-Schule. Zahlreiche Zuschauer hatten sich eingefunden. Allgemeine Freiübungen eröffneten das Turnen. Dieselben boten in ihren exakten Ausführungen einen ästhetischen Anblick. Den Freiübungen folgte Gerätturnen. Auch hier zeigten die Vorführungen, daß fleißig geübt wurde und demonstrierten von neuem den Körperbildenden und gesundheitslichen Wert des Turnens. Alle Altersklassen waren vertreten, von der Pflanzschule bis zur Altersriege. Den Schluß des Schauturnens bildeten die Vorführungen der Damenabteilung, die lebhafteste Anerkennung fanden. Die Arbeiterturnschaft dürfte durch dieses Schauturnen neue Anhänger gewonnen haben.

Zur Feier des 10jährigen Bestehens der Damenabteilung und zum 11. Stiftungsfest des Vereins fand abends in den „3 Linden“ noch eine Festfeier statt. Das Programm, das in der Hauptsache aus turnerischen, gesanglichen und musikalischen Nummern bestand, fand eine vorzügliche Abwicklung und erntete den lebhaftesten Beifall der zahlreich erschienenen Gäste. Turngenosse Wuttke gedachte in einer Ansprache der Damenabteilung. Derselbe habe sich trotz der Vorurteile, mit denen das Frauenturnen heute noch zu kämpfen habe, seit ihrem 10jährigen Bestehen verdoppelt und verdreifacht und befinde sich in erfreulicher Weiterentwicklung. Nachdem Redner noch den gesundheitslichen Wert besonders auch des Frauenturnens hervorgehoben, schloß er mit der Mahnung, daß die Arbeiterturnschaft mehr wie bisher sich den Leibesübungen widmen möge. Dem schließen wir uns an mit dem Bemerkten, daß für Arbeiter nur der Arbeiterturnverein in Betracht kommt.

* Erschossen aufgefunden wurde in der Nähe des Karlsruher Wasserwerks ein junger Mann. Er heißt Ernst Montigel und ist aus Osnabrück.

Briefkasten der Redaktion.

H. S. Die Verdeutschung der Fremdwörter im Unterhaltungsblatt wird fortgesetzt. Darunter befinden sich auch diese, um deren Verdeutschung Sie uns ersucht haben.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Sozialdem. Verein.) Mittwoch den 19. Mai, abends 8 Uhr, im Sitzungstokal: Vorstandssitzung. 2621

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Am Himmelfahrtstag ab Hauptbahnhof 5.44 nach Malsch-Wernstein-Leufelsmühle-Gernsbach. Dort ab 5.55. Fahrgehd 1.15. 2624

Freiburg-Gaslach. (Sozialdem. Partei.) Am Mittwoch den 19. ds. Mts., abends halb 9 Uhr, findet im „Löhnen“ eine allgemeine Versammlung statt. Referent: Genosse Maier aus St. Georgen. Zahlreicher Besuch wird erwartet. 2620 Der Vertrauensmann.

Geschäftliches.

Atelier modern. Photographie Rausch & Pester. Erdpflanzstr. 3 am Rondelpiaz Karlsruhe i. B. Erdpflanzstr. 3. am Rondelpiaz. Mäßige Preise. * Erstklassige Ausführung. Vergrößerungen von 4 Mk. an. Porträts Aufnahmen. Bitte genau auf Firma achten.

Unsere heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.



MAGGI'S Suppenwürfel zu 10 Pfg. für 3 Teller



Kurze Kochzeit, bequemste Zubereitung.

sind unstreitig die besten!

Mehr als 30 Sorten!

2609

Jede Sorte hat den ihr eigenen, natürlichen Wohlgeschmack.

anfang Kredit!

Solide Arbeiter erhalten von heute ab moderne Anzüge mit Mk. 5.- Anzahlung.

Kredithaus Ittmann

Karlsruhe Lammstrasse 6. 2507

Arbeiter-Radfahrerverein Karlsruhe.



großes Wald-Fest

Donnerstag (Christi Himmelfahrt), den 20. Mai findet im Rüppurrer Wald

statt. — Für gute Speisen und Getränke (1/10 Liter Bier 10 Pfg.) und Unterhaltung ist bestens gesorgt.

Wir laden unsere wertigen Mitglieder nebst Familienangehörigen, unsere verehr. Sportvereine, sowie Freunde und Gönner mit der Bitte um rege Beteiligung freundlichst ein.

Der Vorstand.

NB. Punkt 2 Uhr Abmarsch mit Musik vom „Liloli“.

Bildungsverein junger Arbeiter und Arbeiterinnen, Durlach.

Mittwoch, den 19. Mai, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Roten Löwen“

Oeffentliche Jugendversammlung

statt

Thema: Sport und Jugendbildung. Referent: Herr Charles Hueber.

Wir bitten die Parteigenossen und Gewerkschaftskollegen um zahlreichem Besuch dieser Versammlung.

Der Einberufer.

S. Rosenbusch Kaiserstr. 137

en gros Spezialhaus en detail für

Damen- und Kinder-Hüte

Grösste Auswahl. Reelle Bedienung. Billigste Preise.

Mitglied des Rabattsparvereins. 2426

Fahrradhaus „Frisch auf“, Berlin.

Verkaufsstelle Karlsruhe:

Adlerstraße 8 (Inhaber Stoll und Sitt), Eigentum des Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität“, empfiehlt den werten Bundesmitgliedern, Gewerkschafts- und Parteigenossen seine bestrenommierten

„Frisch auf“-Fahrräder

Laufdecken, Schläuche, Sweaters, Laternen, Glocken, sowie sämtliche Fahrradbestandteile.

Auswahl in Ia. Nähmaschinen.

Besteingerichtete Reparaturwerkstätte für Fahrräder und Nähmaschinen aller Systeme.

Ia. Carbid, das kg zu 85 Pfg., ist außerdem zu haben in folgenden Verkaufsstellen:

Restaurations Rutschmann, Kaiserstr. 13, Restauration „Eiche“, Angartenstr. 60, Schuhmachermeister Müller, Mühlburg, Geiselstraße 4 p., Stadtteil Rintheim: J. Doppel, Hauptstraße 1.

NB. Verkauf sämtlicher Artikel auch an Nichtmitglieder. Bequeme Zahlungsbedingungen.

Prima **Salatöl** Liter 70 Pfg.

Extrafines **Salatöl** Liter 1.— und 1.20 Mk.

empfehlen 2890

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H. in den bekannten Verkaufsstellen.

Rucksäcke

für Kinder von 45 S an f. Erwachsene v. 1.35 M., bis zu den besten Qualitäten empfiehlt in größter Auswahl

Kofferhaus

Geschw. Lämmle, 2526 Kronenstr. 51, nächst d. Kriegstr. Mitgl. d. Rad.-Sp.-Vereins.

Billig zu verkaufen:

Schönes Sofa, 16 M., Tisch, 6 M., topf. Bett, 40 M., Nachttisch, 4 M., Kommode, 10 M., polierter Vertiko, 32 M., Stühle, St. 1.80 M., Spiegel, 4 M., Kleiderschrank mit Glasaufsatz, 20 M., Bettstelle mit Matz, 10 M., Bettlade, 3 M., Chiffonier, feiner Klüschdivan, Ausziehtisch, feines geschlitztes Buffet, eine neue helle Schlafzimmereinrichtung mit Haarmatratzen und Federbett, Vertiko mit Spiegelaufsatz und bunter Verglasung, Waschkommode mit Marmor, wird auch einzeln abgegeben. Gröbtingen, Kaiserstraße 47 a, 1 Tr. links. 2588

Färberei D. Lasch.

Tadellose Bedienung u. bill. Preise

Rabattmarken. 211

Kaffee ist mein Leben

und schmeckt mir doppelt gut, wenn ich ihn in dem Service vor mir stehen hab, welches man bei Verwendung von

„Uxoril“ — Seifenpulver vollständig gratis erhält. Fabrikanten: Föll & Schmalz, Bruchsal.

Der beste Erwerb für Hausindustrie ist ihrer viel. Vorteile neq. unter

Strickmaschine.

Ankerordentliche Leistungsfähigkeit, große Nadelersparnis, Vermeidung von Fallmaschinen, große Nadelersparnis.

Strickunterricht gratis. Event. liefern wir Garne und nehmen die fertige Ware ab.

Schwinn & Strfeld, Karlsruhe, Telefon Nr. 102, Kaiserstraße 99.

Alleinverkauf der berühmten Strickmaschinen-Fabrik F. Dubled Couvet (Schweiz).

Millionen Hausfrauen putzen mit

Globus

Putzextract

Bestes Metall Putzmittel

Freiburg.

In Zigarren, Zigaretten und Tabaken finden Sie gute Sorten in reicher Auswahl in dem

Zigarren-Spezial-Geschäft

von Fried. Ackermann 1 Kreuzstrasse 1.

Alona Fahrräder

u. Juwelenartikel enorm billig. Kataloge gratis. Vertreter gesucht. Fahrradhaus Diebner Freiburg i. S. G.

Herrenkleider

Beste find enorm billig abzugeben.

Kaiserstrasse 98, 1 Treppe hoch.

Zweizimmer-Wohnung von kleiner ruhiger Familie ab 1. Juli oder 1. August gef. Offerten mit Preisangabe unter Nr. 100 an die Exp. d. Bl. erl.

Schützenstraße 77 ist ein Zimmer, große Küche und Keller an kleine Familie od. einzelne Person auf 1. Juli zu vermieten. Zu erfragen: St. 2388

Aug. gut erb. Dunkel, gelb. Off. unt. 2380 an die Exp. d. Bl.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten vom 5.—12. Mai: Erwin Eugen, Val. Robert, Vierbrauer, Johann Robert, V. Karl Robert, Schmiedemeister, Erna Emilie Luise, V. Hermann Albert Gerh. Fink, Kaufmann, Robert Karl, V. Karl Hermann Stolz, Wein-gerber, Karl Wilhelm, V. Karl Christian Hector Walz, Schloß-herren.

Eheschließungen vom 8.—11. Mai: Friedrich Carl Adolf Schmidt, Kaufmann von Durlach, und Frieda Mina Weis, ohne Beruf, von Godesheim, Amt Schweizingen. Rudolf Wintermantel, Expediteur und Weinhändler von St. Georgen, von Willingen, und Frieda Käthe Schmidt, ohne Beruf, von Durlach. Jakob Christoph Weh, Maurer von Söllingen, Amt Durlach, Luise Kratt, ohne Beruf, von Königsbach, Amt Durlach.

Sterbefälle vom 4.—11. Mai: Friedrich Wronne, Witwer, Tagelöhner, 62 J. alt. Alfred, V. Gustav Knappschneider, Weißgerber, 9 M. alt. Karoline Walz, geb. Wagner, Ehefrau des Schlossers Karl Christian Hector Walz, 86 J. 6 M. alt.

Rad-Rennbahn Karlsruhe Durlacher Allee

Haltestelle der Elektrischen Strassenbahn.

Donnerstag den 20. Mai (Himmelfahrt), nachm. 3 1/2 Uhr

Grosse Dauer- und Flieger-Rennen.

Im „Goldenen Rad“ sowie im „Preis von Pforzheim“ starten:

Arthur Stellbrink-Berlin. Curt Rosenlöcher-Dresden. Friedr. Nagel-Karlsruhe.

In den Flieger-Rennen: Bettinger, Ritzenthaler, Reimer, Augenstein usw.

In dieser Saison nur zwei Rennen.

Preise der Plätze: Innenraum und nummerierter Platz 3.— Mk., 1. Platz und Sattelplatz 2.— Mk., 2. Platz 1.50 Mk., Stehplatz 60 Pfg., Kinder 30 Pfg.

Von 3 Uhr ab und während der Rennen Konzert. Ende 6 Uhr. Restauration auf allen Plätzen. Ausschank von ff. Union-Bier.

Heute Abend von 6 Uhr ab Grosses Training.

Dienstag den 18., — Mittwoch den 19., — Donnerstag den 20., — Freitag den 21., — Samstag den 22. Mai.

Während dieser Tage gewähren wir auf unten angeführte Piéces unserer Abteilung

Damen-Konfektion

einen Rabatt bis zu

2018

Bedeutend unter Preis
Grosse Posten
Wash-Kostüme

20%

Bedeutend unter Preis
Grosse Posten
Wash-Kleider

Englische Paletots
Schwarze Jacken
Schwarze Frauenpaletots

Schwarze Kimonos
Farbige Kimonos
Schwarze Kragen

Einfarb. Jackettkostüme
Englische Jackettkostüme
Schwarze Jackettkostüme

Englische Kostümröcke
Einfarbige Kostümröcke
Schwarze Kostümröcke

Farbige Wollblusen
Schwarze Wollblusen
Farbige Seidenblusen

Seidene Paletots
Seidene Jacken
Weisse Golfjacken

Staubmäntel
Lodenpelerinen
Spitzenkragen

Maftnées
Morgenröcke
Wollene Kleider

Wollene Unterröcke
Moiréte Unterröcke
Plissé- und Seidenröcke

Hochsommer-Ware ist
von diesem Angebote aus-
geschlossen.

Kinder-Konfektion

Nur moderne, neue Ware
kommt bei diesem Angebote
zum Verkauf.

Knaben-Anzüge.

Knaben-Pyjaks.

Mädchen-Kleider.

Mädchen-Jacken.

Geschwister Knopf.

Von heute Samstag
bis
Samstag den 29. ds.

Zum Aussuchen

auffallend billige

Knaben-Anzüge

Knaben-
Wach-Anzüge
in überausgrosser Auswahl

Spiegel & Wels.

Reparaturen

Fahrräder u. Nähmaschinen
werden prompt und billig aus-
geführt bei

K. Hartung & E. Rüger

Martenstrasse 58.

Sämtliche Ersatzteile und
Pneumatik auf Lager.

Vertreter der

**Göricke Westfalen-,
Weil-, Victoria- u. Stahl-
Fahrradwerke.**

Bequ. Zahlungsbedingungen.

Fahrräder von Mk. 85 an

Nähmaschinen von Mk. 75 an

Herren-, Burtschen-,
Knaben-Anzüge

staunend billig

zu verkaufen.

Birkel 32, eine Treppe,
i. D. der Fahrradhandlung.

107 Jährig, keine Art, sehr

fox, wachsam, billig zu verl.

Goethestr. 24, 3. St. r.

Hut schön, wegen Trauer zu

haben, verl. Preis 2 M., Dur-

lach, Weingartenstr. 28, 3. St.

Sämtliche

Literatur

und

Schul-Artikel

empfehlen

Partei-Buchhandlung

Markgrafenstr. 26.

Stadtgarten.

Morgen, den 19. Mai, nachmittags 4 Uhr,
Mittwochs-Konzert
der gesamten Kapelle des
Badischen Leib-Grenadier-Regiments.
Leitung: Königlich-Musikdirektor Adolf Voettege.
Eintritt: { Abonnenten 80 Pfg.,
Nichtabonnenten 50 Pfg.
Programm 10 Pfg.
Die Musik-Abonnementskarten haben Gültigkeit.
Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.

Transportarbeiter-Verband.

Am Himmelfahrtstag findet ein
Ausflug
über Ettingenweiler, Oberweiler, Lochmühle nach Sulzbach
statt. Abfahrt nach Ettingen vorm. 8⁴⁵ Uhr vom Festplatz oder
nachm. 2¹⁵ Uhr vom Hauptbahnhof nach Bruchhausen und zu
Fuß nach Sulzbach. 2622
Die Mitglieder nebst ihren Angehörigen werden um zahl-
reiche Beteiligung ersucht.
Die Ortsverwaltung.

Ortskrankenkasse Durlach.

Zur statutenmäßigen
ordentl. Generalversammlung
werden die Mitglieder auf Donnerstag, den 27. Mai d. J.,
abends 8 Uhr, in den Rathausaal eingeladen.
Tagesordnung:
1. Eröffnung von Generalversammlungs- und Vorstands-
mitgliedern;
2. Geschäftsbericht und Abnahme der Rechnung 1908;
3. Statutenänderungen der §§ 2, 3, 14 und 69;
4. Stellungnahme zum neuen Reichsversicherungsordnungs-
entwurf;
5. Behandlung von etwa noch eingehenden Anträgen, welche
bis zum 26. d. M. schriftlich und von zehn Generalver-
sammlungsmitgliedern unterzeichnet, an den Vorstand
eingezwungen sind;
6. Verschiedenes. 2623
Durlach, den 17. Mai 1909.
Der Vorstand:
F. S. Girshauer.

Freiburg Bade-Anstalt Herdern

Inh.: Fritz Schreiner.
Haltestelle: Thennenbacherstrasse.
Geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends
9 Uhr. Sonntags bis 1 Uhr.

Auf Abzahlung!



So lange
Vorrat
reicht,
werden

Nur solide, billige
**Schuh-
waren**
aller Art
kauft man am besten
bei
Wilh. Müller,
Geibelstr. 4 beim
Mühlburger Bahnhof

Bessere
Herrenkleiderhoff-Beife
sind enorm billig abzugeben
Kaiserstrasse 93,
1 Treppe hoch.

Oleanderbäumchen, rosa
Blüh., für Balkon pass., ungef. 1,10 m
hoch, weg. Platzmangel billig zu
verkaufen. Weilandstr. 32, 5. St.

Trunksüchtige
und deren Angehörige
wenden sich an die
Beratungsstelle für Alkohol-Kranke
Rathaus II Stock
Zimmer 92 a. Eingang Zähringerstrasse
Kostenfreie Auskunft an jedermann.

Von Dienstag bis Samstag abend.

Herm. Schmoller & Cie. Kinder-Tage!

Extra-Verkauf von Kinder-Bedarfsartikeln jeder Art zu sehr billigen Preisen.

Kinderstrümpfe

Baumwolle engl. lang. Schwarz, gute Qualität, für 1-4 Jahre 5-8 Jahre 9-10 Jahre...

Schuhwaren.

Baby-Schürstiefel, Baby-Chrenschuhe, Baby-Schürstiefel, Kinder-Lederschnürschuhe...

Konfektion.

Kinder-Wasch-Kleidchen in allen Größen und Farben von 75 Pf. an bis 9.50 Mk. Knaben-Wasch-Anzüge...

Besonders preiswert Manchester

Kinderhüte, Matrosenform, weiß und farbig, 1.50, 1.20 Mk., 98, 65, 48 Pf. Knaben-Matelotheute...

Ein Posten Mädchen-Glockenhüte

Kaschmir-Häubchen, crème mit Blumen und Veilch, 78 Pf., 1.20, 1.45, 1.85, 2.25 Mk. Kaschmir-Baretts...

Spielwaren.

Blech-Gimer, bunt, 9, 12, 16 Pf. Siebkannen, bunt, 9, 14, 20. Botanischerbüchsen...

Baby-Wäsche.

Gendchen mit Spitze, Tüchchen, weiß, gestrickt, Mädchen mit Spitze oder Stiderei...

Kinder-Wäsche.

Mädchen-Beinden, weiß, la. Stoff, Käfelschluf, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80 cm...

Kinder-Reformhosen, marine, Turnhosen

Stiderei-Kragen, weiß, Batist oder Pique, enorme Auswahl, 32, 55, 65, 75 Pf., 1.10 bis 2.25 Mk. Matrosen-Kragen...

Ca. 1000 Stück Fertige Blusen, Kostümröcke, Unterröcke, Damen- und Kinderschürzen fabelhaft billig. Jacob Löwe (Adolf Löwe Sohn) Versandhaus in Manufaktur, Mode u. Ausstaffungen...

Ortskrankenkasse Bruchsal. Die statutengemäße ordentliche General-Versammlung findet am Samstag, den 22. Mai 1909, abends 8 1/2 Uhr...

Schuhwaren. Empfehle mein reichhaltiges Schuhlager in Schuhwaren aller Art. (Leonbeiger, Schwenninger und Zentlinger Fabrikate.)...

Städtische Rechtsanwaltschaft. (Städtisches Arbeitsamt) Bähringerstraße 100, Gebührenerlei münderbemittelten...